

# Beschlussbuch

## 27. Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg vom 02.04. bis 03.04.2011 in Neuruppin OT Gnewikow

Protokollierung durch das Präsidium:

*Mario Dießner (UB Potsdam)*

*Jörgen Hassler (UB Dahme-Spreewald)*

*Dirk Höhne (UB Teltow-Fläming)*

*Andreas Schlüter (UB Potsdam)*



2

# Antragsrubriken

4

6 A – Leitantrag

B – Bildung

8 D – Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft

E - Europa, Frieden, Sicherheit

0 F – Finanz- und Steuerpolitik

G - Gesundheit

2 K – Kommunalpolitik

O – Organisation/Partei

4 U – Umwelt, Energie

V - Infrastruktur und Verkehrspolitik

6 W – Wirtschaft, Arbeitsmarkt, Tarif

8

0

2

4

6

8

0

# Antragsübersicht

A 1	Aus der Vergangenheit lernen, die Gegenwart leben, für die Zukunft handeln!	OPR
B 1	Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich	LDS
B 2	Frühere Sprachstandsfeststellung	LDS
B 3	Frühkindliche Bildung in den Kitas	LDS
B 4	Keine Kürzungen im MBS!	LDS
B 5	Priorität für Bildung – gegen Kürzungen in den Bildungshaushalten	P, EE, HSG P,
B 6	Vereinheitlichung der 16 deutschen Bildungssysteme	LOS
B 7	Bildungsföderalismus im Bereich der Ausbildung an Fachschulen	PM
B 8	Für eine Bundesratsinitiative zur BAföG-Förderung eines Teilzeitstudiums	P, EE, HSG P,
B 9	Exzellente Lehre stärker würdigen – Ein Landeslehrpreis für Hochschuldozierende Brandenburgs	P, EE, HSG P,
B10	Für Zivilklauseln im BbgHG und an den Hochschulen	P, HSG P
B 11	Besser gemeinsam lernen. Klassengrößen senken!	P, HSG P
B 12	Für ein semesterweise und unbürokratisch wählbares Teilzeitstudium	P, EE, HSG P,
B 13	Kostenlose Nutzung von Bibliotheken	UM
D 1	Schutzräume bzw. Schutztüren an Polizeiwachen	LDS
D 2	Prüfung der Zahlung der Gehälter Kirchlicher Würdenträger.	P
D 3	Asylbewerberleistungsgesetz auf den Prüfstand	OHV
D 4	Grundrechte im Internetzeitalter	OHV
D 5	Informationsmaterial	LOS
E 1	Gemeinsame Stiftung für die Kyritz- Wittstock- Ruppiner Heide von Bund und Land	OPR
E 2	Freiheit und Sicherheit - überall!	PR
F 1	Ausbau der staatlichen Kontrolle und Regulierung von Hedgefonds	P
F 2	Wirtschaftsparteispenden verbieten!	P
G 1	Erwerbsmöglichkeit für Präservative	OPR
G 2	Ein sicheres Leben in Brandenburg ermöglichen Zugang zu kostenlosen Kondomen in Brandenburg gewähren	PR
K 1	Evaluation der Kommunalverfassung	LDS
O 1	Verstärkte Werbung von jungen Sympathisanten und Mitgliedern	LOS
O 2	Arbeitsauftrag „Diversity“ an den LAK Inneres & Bürgergesellschaft	OPR
O 3	Änderung der Richtlinie der Jusos Brandenburg	PR
O 4	Rotierende LaVo- Sitzungen	UM
O 5	LaVo-Sitzungen via Internetkonferenz	UM

U 1	Höhere Energieeffizienz schaffen	LDS
U 2	Erneuerbare Energien stärken	LDS
U 3	Kosten und Risiken der CO2-Abscheidung und -Speicherung müssen in der Verantwortung der Energiekonzernen verbleiben!	LOS
U 4	Verbot von Plastik-Einkaufstüten	OPR
U 5	Änderung EEG - Subvention	OPR
U 6	Subventionserhaltung von erneuerbaren Energien bekräftigen und am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten	OPR
V 1	Maßnahmen für einen solidarischen Bahnverkehr	LDS
V 2	Verpflichtung der Deutschen Bahn zu Lärmschutzmaßnahmen	LDS
V 3	Faire Entschädigung für die Nutzer der S-Bahn!	LDS
V 4	Kulturzentren stärken	P
V 5	Einführung einer Mautpflicht für LKW auf Bundesstraßen in Deutschland	OPR
V 6	Einführung einer generellen Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge in Deutschland	OPR
V 7	Fahrverbot für LKWs	UM
W 1	Für eine Integration aller Hochschulbeschäftigten in Tarifverträge – gegen tariffreie Zonen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen	EE, HSG P, P
W 2	Für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte	EE, HSG P, P
W 3	Für einen eigenen Personalrat für studentische Beschäftigte	EE, HSG P, P
W 4	Schluss mit Sonderregelungen! Einheitliches Arbeits- und Sozialrecht für alle!	P
W 5	Leiharbeit – solidarische Grundregeln	SPN, OPR
W 6	Unbezahlte Probearbeit als Schwarzarbeit verfolgen	SPN, OPR
W 7	Aufenthaltsgesetz - Arbeitstage	OPR

2

4

6

8

10

12

14

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38



4

**Aus der Vergangenheit lernen, die Gegenwart leben, für die Zukunft handeln!**

6

8 Zahlreiche Jubiläen säumten das vergangene Jahr - 20 Jahre wiedervereinigtes  
10 Deutschland waren Anlass und Grund für mehr als nur eine Feierstunde. Auch wir Jusos  
12 Brandenburg konnten unser 20-jähriges Jubiläum begehen. Vieles konnte seit der  
14 Wiedervereinigung Deutschlands erreicht werden, Einiges liegt aber auch vor uns.

16 Wir wollen und werden Brandenburg weiterentwickeln. Die Politik der vergangenen 20  
18 Jahre hat Brandenburg in vielen Bereichen zu einem der führenden Bundesländer  
20 gemacht. Beispielhaft sollen hier der Einsatz erneuerbarer Energien, die hohe  
22 Betreuungsquote von Kindern in Kindergarten und Krippe sowie die messbare  
24 wirtschaftliche Dynamik, zuletzt mit Spitzenplatz in Wirtschaftswoche ausgewiesen,  
26 genannt werden. Viele unserer Forderungen haben Eingang in Wahlprogramme der SPD  
28 gefunden, um schließlich auch in Regierungshandeln umgesetzt zu werden. Wir haben  
30 dies geschafft, weil wir gemeinsam und geschlossen aufgetreten sind.

20

22 Wir haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, dass Brandenburg sich erfolgreich  
24 entwickelt hat. Unserem gestalterischen Anspruch wollen wir auch zukünftig gerecht  
26 werden - wir können dazu beitragen, dass die erfolgreiche brandenburgische Politik der  
28 vergangenen Jahre fortgesetzt wird.

30 Beispielhaft kann hier unsere Forderung nach Herabsetzung des aktiven Wahlalters auf  
32 16 Jahre bei Kommunalwahlen genannt werden: Nachdem wir bereits bei der LDK 2006  
34 in Potsdam eine entsprechende Beschlusslage herbeiführen konnten, besteht nunmehr  
36 auch Einigkeit unter den Mitgliedern der SPD-Fraktion im Landtag. Sollte diese Juso-  
38 Forderung tatsächlich in Gesetzeskraft erwachsen, wird der konsequente nächste Schritt  
der Einführung des passiven kommunalen Wahlrechts ab 16 Jahre zu diskutieren sein.  
Doch gleichzeitig stellt uns dies vor eine neue Herausforderung. Die  
Jugendorganisationen sind dann gefragt. Wir müssen dann verstärkt unsere Zielgruppe  
informieren und werben, damit die rechten Parteien daraus keinen Vorteil ziehen können.

34

36 Die Diskussion um ein "Brandenburg 2030" können nur wir als SPD Brandenburg führen -  
38 wir als junge BrandenburgerInnen wollen unsere Politik in den Gemeinden und Städten  
gestalten und leben. Wir sind jene, die im Jahr 2030 mit den Folgen der jetzt zu  
stellenden Weichen leben werden - umso wichtiger ist es daher, sich früh und intensiv in  
den uns gebotenen Gestaltungsprozess einzumischen. Dass auch künftig keine

2 Regierung in Brandenburg ohne Führung durch die SPD denkbar ist, bleibt Aufgabe und  
Zielstellung, nimmt uns als Nachwuchsorganisation der SPD aber zugleich in die Pflicht,  
4 die wir nutzen müssen.

6 Wie wollen wir also künftig in Brandenburg leben?

Mit dem Anspruch Ideen zu entwickeln, die realistisch, zukunftsfähig und zugleich  
8 umsetzbar sind, müssen wir uns mit der demografischen und wirtschaftlichen  
Entwicklung in Brandenburg noch intensiver auseinandersetzen. Hierzu wollen wir mit  
10 Fachleuten aus Wirtschaft und Politik ins Gespräch kommen, aber auch die Menschen  
unseres Landes in die Diskussionen einbeziehen. Eine basisdemokratische Politik, die  
12 auch über die eigene Parteigrenze hinaus interessierte Menschen einbezieht, Freude am  
Gestalten weckt und auf die Bedürfnisse der Menschen vor Ort eingeht ist unsere  
14 zukünftige Handlungsstrategie.

16 Einige grundlegende Dinge stehen für uns jedoch fest: Wir werden einer Abkopplung des  
ländlichen Raums von der Entwicklung des urbanen, Berlin-nahen Raums nur begegnen  
18 können, wenn die Regionen durch Schiene und Straße gut verbunden sind.  
Verkehrsgünstig im Herzen Europas gelegen, bieten sich viele Chancen für Brandenburg  
20 im logistischen Bereich. Brandenburg kann so nicht zuletzt dank des Airport Berlin  
Brandenburg International zu einem noch bedeutenderen Umschlagplatz des  
22 europäischen Güter- und Reiseverkehrs werden.

24 Unserer besonderen historischen Verantwortung gerecht werdend, werden wir uns auch  
weiterhin klar und deutlich von rechtem Gedankengut distanzieren. Wo immer Nazis in  
26 Brandenburg Fuß fassen wollen, werden wir ihnen gemeinsam mit unseren  
Bündnispartnern laut und deutlich entgegentreten. Die Arbeit des Toleranten  
28 Brandenburg ist dabei ein wichtiger Teil der Landesstrategie gegen Rechtsextremismus  
und Antisemitismus und wird von uns weiterhin unterstützt.

30

Erfolgreiche Politik braucht starke PartnerInnen. Die Vermittlung eigener Eindrücke und  
32 Denkweisen auf allen Ebenen der politischen Diskussion ist die Grundlage dafür, dass  
wir mehrheitsfähige Positionen entwickeln und vertreten. Unsere „natürlichen“ Partner  
34 finden wir sowohl in den Gewerkschaften, den Auszubildendenvertretungen, den Schulen  
und Hochschulen sowie gemeinnützigen Institutionen wie der Arbeiterwohlfahrt, aber  
36 auch in den für die wirtschaftliche Entwicklung federführenden Verbänden und  
Institutionen. Deshalb werden wir punktuell auch mit Interessengruppen wie dem NABU  
38 und den Wirtschaftsjuvenen zusammenarbeiten. Dabei muss die Fortentwicklung des  
sozialdemokratischen Gesellschaftsmodells stets im Mittelpunkt stehen. Wir wollen eine

2 SPD, die sich nicht nur in der kontinuierlichen Diskussion um Mindestversorgung bewegt,  
sondern wir wollen nachhaltige Bedingungen schaffen, die den Menschen ein gerechtes  
4 Einkommen aus eigener Arbeit ermöglicht. Gemeinsam können wir hier auch zukünftig  
eigene Akzente setzen. Wir Jusos Brandenburg fordern und unterstützen den politischen  
6 Kampf um flächendeckende Mindestlöhne, die durch Gewerkschaften ausgehandelt sind.

8 Das Zusammenwachsen Europas und die schwindende Fremde zwischen den  
europäischen Völkern werden wir weiter aktiv mitgestalten und bereits bestehende  
10 Aktivitäten weiter fördern. Dazu werden wir auch innerhalb unseres Landesverbandes  
sowie in den regionalen Gliederungen verschiedene Veranstaltungen mit europäischen  
12 Inhalten durchführen. Viel wichtiger als die bloße Theorie ist die praktische Umsetzung.  
Um diesem Grundsatz gerecht zu werden, soll ein möglichst breiter Austausch mit  
14 unseren europäischen Nachbarn organisiert werden. Im Zentrum dieser Bestrebungen  
sollte aufgrund der geografischen Lage und der bereits gewachsenen Beziehungen unser  
16 Nachbarland Polen stehen.

18 Die SPD Brandenburg ist mit rund 6.000 Mitgliedern einer der kleineren Landesverbände,  
dessen Zukunftsfähigkeit auch von der weiteren personellen Entwicklung stark geprägt  
20 sein wird. In einigen Unterbezirken drücken uns bereits ernsthafte Nachwuchssorgen.  
Häufig ist dies bedingt durch den bundesweiten Wettbewerb der Hochschulen, weshalb  
22 viele junge Menschen unser Land bereits verlassen haben. Hier gilt es unsere  
Hochschulgruppen in der Entwicklung starker Brandenburger Hochschulen zu  
24 unterstützen. Zugleich sollen auch Modellprojekte zur "Rückwerbung" von Fachkräften,  
beispielsweise im medizinischen Bereich, durch uns Jusos in die Landespolitik getragen  
26 werden.

28 Die weitere Qualifizierung von Arbeitssuchenden und die bedarfsgerechte Ausbildung  
von jungen Menschen sollte nicht nur politisches Thema, sondern auch vor Ort  
30 umzusetzende Aufgabenstellung sein. Jedem, der etwas leisten will, wollen wir die  
bestmöglichen Chancen hierzu einräumen. Dazu soll nicht nur ein Ideenaustausch von  
32 kommunalpolitisch Verantwortlichen geschaffen werden, sondern auch durch Gespräche  
mit UnternehmerInnen die Akzeptanz unserer Ideen erhöhen. Wir wollen und werden die  
34 ursprünglichen Aufgaben einer Arbeiterpartei wie der SPD wieder stärker herausstellen  
und uns den Bedürfnissen der rund 800.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigten  
36 zuwenden. Die Schaffung von Ausbildungs- und Arbeitsplätzen wird eine der  
Schlüsselaufgaben sein, um den Wegzug junger Menschen zu verhindern. Hier wollen  
38 wir ansetzen.

2 Unsere heutigen Ideen werden dabei die Rahmenbedingungen von morgen sein. Dabei  
wollen wir uns den regional unterschiedlichen Fragestellungen und Aufgaben durch  
4 Regionalkonferenzen unter Federführung der lokalen Gliederungen gemeinsam mit den  
Verantwortlichen in Politik und Verwaltung widmen. Es gilt dabei auch, die Probleme und  
6 Themen der einzelnen Regionen auf die Landesebene zu heben und gewonnene  
Positionen deutlich zu machen.

8

Nach zahlreichen strukturellen Veränderungen in der Schullandschaft, zahlreichen  
10 Änderungen der Schulgesetzgebung und den deutlich veränderten gesellschaftlichen  
Rahmenbedingungen bedarf es in diesem Spektrum des politischen  
12 Gestaltungsspielraums weiterhin eines hohen Engagements. Neben dem  
bedingungslosen Zugang zu Bildung, der kostenlosen Ausbildung von Kita bis  
14 Hochschule, wollen wir uns auch in die Gestaltung der Bildungspolitik einmischen. Die an  
vielen Schulen dringend benötigten SchulsozialarbeiterInnen, die Verjüngung der  
16 Lehrerschaft, der Erhalt von Schulen im ländlichen Raum und die praxisrelevante  
Ausbildung der jungen BrandenburgerInnen sind dabei nur einige Forderungen der  
18 Brandenburger Jusos. Die Rahmenbedingungen der Hochschulausbildung, die materielle  
und inhaltliche Ausstattung sowie die weitere Entwicklung der Bildungsstandorte im Land  
20 muss in enger Partnerschaft mit unseren Hochschulgruppen vorangetrieben werden.  
Unsere Positionen zu *guter* Bildung in Kita, Schule und Studium sollen entwickelt und  
22 unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Beschlusslagen der Jusos Brandenburg in  
einen Forderungskatalog aufgenommen werden. Der Bildungsforderungskatalog soll als  
24 Grundlage für eine landesweite Diskussion dienen.

26 Die Förderung von Frauen in politischer Verantwortung ist maßgebliches Ziel der Jusos  
Brandenburg. Wo immer es möglich ist, wollen wir gern geeignete Bewerberinnen in  
28 Verantwortung bringen. Dazu bedarf es immer wieder des öffentlichen Bekenntnisses  
und der Beratung sowie Unterstützung lokaler Akteure. Weiterhin muss es Ziel sein die  
30 Mitgliederstrukturen zu stärken. Die regionalen Gliederungen sind dabei materiell wie  
personell zu unterstützen. Sowohl die Einbeziehung von politischer Prominenz in  
32 Projekte vor Ort unter Federführung der jeweiligen Gliederungen, als auch die aktive  
Einbindung von lokalen MeinungsführerInnen im Kontext von Projekten an Schulen, in  
34 Jugendverbänden und Vereinen, kann uns den Zugang zu jungen BrandenburgerInnen  
öffnen.

36

Der künftige Landesvorstand der Jusos Brandenburg wird in einem seiner ersten Schritte  
38 ein Arbeitsprogramm erstellen, das realistische und abrechenbare Zielstellungen  
beinhaltet. Im Interesse einer möglichst breiten Einbindung der Mitglieder sollen die

2 Meinungsbildungsprozesse auch weiterhin offen und transparent sein. Die konstruktive  
Mitarbeit aller Jusos ist dabei stets zu begrüßen.

4

Was uns letztlich eint, ist ein gemeinsames Ziel- wir wollen eine bessere Welt im Sinne  
6 sozialdemokratischer Grundwerte. Beginnen wir damit in Brandenburg.

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

## Bildung, Ausbildung, Weiterbildung

B 1	Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich	LDS
B 2	Frühere Sprachstandsfeststellung	LDS
B 3	Frühkindliche Bildung in den Kitas	LDS
B 4	Keine Kürzungen im MBSJ!	LDS
B 5	Priorität für Bildung – gegen Kürzungen in den Bildungshaushalten	P, EE, HSG P,
B 6	Vereinheitlichung der 16 deutschen Bildungssysteme	LOS
B 7	Bildungsföderalismus im Bereich der Ausbildung an Fachschulen	PM
B 8	Für eine Bundesratsinitiative zur BAföG-Förderung eines Teilzeitstudiums	P, EE, HSG P,
B 9	Exzellente Lehre stärker würdigen – Ein Landeslehrpreis für Hochschuldozierende Brandenburgs	P, EE, HSG P,
B10	Für Zivilklauseln im BbgHG und an den Hochschulen	P, HSG P
B 11	Besser gemeinsam lernen. Klassengrößen senken!	P, HSG P
B 12	Für ein semesterweise und unbürokratisch wählbares Teilzeitstudium	P, EE, HSG P,
B 13	Kostenlose Nutzung von Bibliotheken	UM

2 **B 1** mit Änderungen angenommen

Antragsteller: Dahme-Spreewald

4

## **Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Der Landesparteitag möge beschließen:

10 Wir fordern den Juso-Bundesvorstand, -Bundesausschuss und –Bundeskongress auf,  
12 sich für ein Gesetz zur Ausweitung der Schulpflicht auf den Kitabereich für Kinder ab 3  
12 Jahren einzusetzen.

14 Antragsbegründung:

16 Laut der Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und  
16 kompensatorischen Sprachförderung vom August 2009 sind Kinder verpflichtet, an dem  
18 Verfahren zur Sprachstandsfeststellung teilzunehmen, wenn sie für das folgende  
18 Schuljahr in der Schule angemeldet werden müssen und ihre Wohnung oder ihr  
20 gewöhnlicher Aufenthaltsort sich bis zum 31. Oktober im Jahr vor der Einschulung im  
20 Land Brandenburg befindet. Die Sprachstandsfeststellung findet im Jahr vor der  
22 Einschulung statt. Wird ein Sprachförderbedarf festgestellt, muss das Kind an einem  
22 Sprachförderkurs in einer Kindertagesstätte teilnehmen. Leider zeigt sich in der Praxis,  
24 dass auf Grund einer fehlenden Kita- bzw. Schulpflicht immer wieder Kinder durch das  
24 Raster dieser Sprachtests bzw. Sprachförderung fallen und somit teilweise  
26 Sprachrückstände bei der Einschulung aufweisen. Solche Unterschiede in der  
26 frühkindlichen Entwicklung und Bildung sollten verhindert werden, um jedem Kind die  
28 gleichen Startmöglichkeiten zur Einschulung mitzugeben. Hierdurch soll verhindert  
28 werden, dass einzelne Kinder unter ihren Sprachrückständen leiden und somit schon  
30 beim Schuleintritt eine Ungleichheit bei den Bildungschancen besteht. Als positive Effekte  
30 am Besuch der Kita sind vor allem soziale Integration sowie das Erlernen von sozialen  
32 Kompetenzen (wie zum Beispiel den Umgang mit Konflikten) anzuführen. Weiterhin  
32 werden die Kinder im Bereich der elementaren Bildung gefördert. Dazu gehören  
34 | Aussprache, Grundverständnis für Zahlen sowie motorische Abläufe.  
34 Das Ideal der Chancengleichheit ist anzustreben!

36

38

2

**B 2** mit Änderungen angenommen

4

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

## 6 **Frühere Sprachstandsfeststellung**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die SPD Brandenburg und die SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag auf,  
12 die Pflicht zur Sprachstandsfeststellung durch einen weiteren Sprachtest Alter von 4,5  
Jahren auszuweiten.

14

### Antragsbegründung:

16 Laut der Verordnung zur Durchführung der Sprachstandsfeststellung und  
kompensatorischen Sprachförderung vom August 2009 sind Kinder verpflichtet, an dem  
18 Verfahren zur Sprachstandsfeststellung teilzunehmen, wenn sie für das folgende  
Schuljahr in der Schule angemeldet werden müssen und ihre Wohnung oder ihr  
20 gewöhnlicher Aufenthaltsort sich bis zum 31. Oktober im Jahr vor der Einschulung im  
Land Brandenburg befindet., Die Sprachstandsfeststellung findet im Jahr vor der  
22 Einschulung statt. Wird ein Sprachförderbedarf festgestellt, muss das Kind an einem  
Sprachförderkurs in einer Kindertagesstätte teilnehmen.

24 Bei einigen Fällen in der Vergangenheit hat ein Jahr zur Sprachförderung nicht  
ausgereicht. Um jedes Kind individuell und in ausreichendem Rahmen fördern zu  
26 können, muss der Sprachtest früher stattfinden, um künftig auch früher mit der Förderung  
in den Kitas beginnen zu können.

28 Hierdurch soll verhindert werden, dass einzelne Kinder unter ihren Sprachrückständen  
leiden und somit schon beim Schuleintritt eine Ungleichheit bei den Bildungschancen  
30 besteht. Das Ideal der Chancengleichheit ist anzustreben!

32

34

36

38

40

2

**B 3** abgelehnt

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

4

## **Frühkindliche Bildung in den Kitas**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Der Landesparteitag möge beschließen:

10

Wir erwarten von allen Einrichtungen die regelmäßige qualitative Aktualisierung und Umsetzung des pädagogischen Konzeptes. Kitas in kommunaler und freier Trägerschaft

12

sollen im Hinblick auf diese und andere für ihre Qualität wichtigen Aspekte zertifiziert werden. Die Landesregierung wird aufgefordert, für die Zertifizierung einen verbindlichen

14

Rahmen vorzugeben.

16

Die pädagogischen Konzepte sollen im Rahmen der sozialen Gemeinschaft die individuelle Entwicklung der Kinder in den Mittelpunkt stellen. Dies ist eine große Herausforderung für die Kitas und erfordert Kooperation auf allen Ebenen. Zur

18

Verbesserung der Koordination sollen flächendeckend weitere Konsultationskitas, mindestens jedoch eine pro Landkreis, eingerichtet werden, die die Qualitätsentwicklung

20

unterstützen und Fortbildungen für die MitarbeiterInnen aller Kitas anbieten können.

22

Eine Verbesserung der pädagogischen Arbeit in den Kitas ist durch Leitungsfreistellung zur Bewältigung konzeptioneller Aufgaben zu erreichen. Daneben sind Zeiten mittelbarer pädagogischer Arbeit in den Betreuungsschlüssel einzurechnen. Darüber hinaus muss

24

eine weitere Verbesserung des Betreuungsschlüssels im Krippen- und Kitabereich mittelfristiges Ziel sein.

26

Antragsbegründung:

28

In den Kitas werden die Grundlagen für die weitere gesellschaftliche Teilhabe der Kinder an der Gesellschaft gelegt. Sie sind als gleichberechtigte Bildungseinrichtungen

30

anzusehen.

32

Gerade die Kitas sorgen für mehr Chancengleichheit, da fast alle Brandenburger Kinder eine solche Einrichtung besuchen. Alle Kinder unabhängig von ihrem sozialen Status oder familiären Hintergrund haben unterschiedliche Interessensfelder, die sich aus ihren

34

Lebenswelten ergeben. Diese Interessen müssen aufgegriffen und in Bildungsprozesse umgesetzt werden.

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 4**            *angenommen*  
**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

**Keine Kürzungen im MBS!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD Brandenburg und die SPD-Fraktion Brandenburg auf, entsprechend des Koalitionsvertrages der rot-roten Koalition die Bildung in Brandenburg in den Mittelpunkt zu stellen. Sie soll sich dafür einsetzen, dass im Haushalt 2012 beim Ministerium für Bildung Jugend und Sport keine Kürzungen vorgenommen werden, um den Wegfall informeller und non-formaler Bildungsmaßnahmen zu verhindern. Denn diese machen nach Meinung von führenden Bildungsexperten rund 70% aller Bildungsprozesse aus.

Antragsbegründung:

Rund 70 Prozent des Etats des MBS sind Personalkosten, die kurzfristig nicht gesenkt werden können. Von den restlichen 30 Prozent macht die Förderung von Kindertagesbetreuung einen Großteil aus, die ebenso wenig gekürzt werden kann. Das MBS kann somit die vom Finanzminister geforderten Kürzungen nur durch massive Einschränkungen im Bereich des Landesjugendplans umzusetzen. Damit wären u.a. das 510er Stellenprogramm der Sozialarbeiter und die außerschulischen Bildungsmaßnahmen in Gefahr, was den Bereich der Jugendbildung in Brandenburg nachhaltig schädigen würde.

Doch gerade die informellen und non-formalen Bildungsangebote vermitteln Kompetenzen, die das formale System Schule strukturell nur bedingt abdecken kann. Die Angebote stellen demnach eine Ergänzung dar, weshalb ein Wegfall dieser Bildungsangebote eine Schwächung des bisher nicht optimalen Bildungssystems darstellt (vgl. Bildungsstudien).

Schon im Koalitionsvertrag wird festgehalten, dass Bildungsinvestitionen spätere Folgekosten verhindern. Zudem sollen danach die bisherigen Leistungen aus dem Landesjugendplan bestehen sowie das 510er Stellenprogramm unangetastet bleiben.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 5** mit Änderungen angenommen  
**Antragsteller: Potsdam, HSG Potsdam, Elbe Elster**

**Priorität für Bildung – gegen Kürzungen in den Bildungshaushalten**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Landesregierung und die SPD-Landtagsfraktion werden aufgefordert, dem Bildungsbereich weiterhin Priorität einzuräumen und das Koalitionsversprechen einzuhalten, im Hochschulbereich im Rahmen der Haushaltseinsparungen nicht zu kürzen, sondern möglichst die finanziellen Mittel für diesen Bereich zu erhöhen, um insbesondere das tarifvertraglich abgesicherte Lehrpersonal für Daueraufgaben aufzustocken und somit zur Verbesserung der Qualität der Lehre beizutragen.

Antragsbegründung:

Brandenburg ist bei den Ausgaben für Hochschulen aktuell schon bundesweit das Schlusslicht. Die Rahmenbedingungen sind bei weitem nicht optimal. Eine Kürzung verbietet sich daher. Zumal im Rahmen der einmaligen Entnahme von Mitteln aus den Rücklagen der Hochschulen auch versprochen wurde, keine Kürzungen der Hochschulmittel bis 2013 vorzunehmen.

Auch bei den Landesausgaben für Schulen, KiTas und Weiterbildungsangebote darf nicht gespart werden, im Gegenteil. Es bedarf sogar noch weiterer Personaleinstellungen, um die Arbeitsbelastung von Erzieherinnen und Erziehern, von Lehrerinnen und Lehrern sowie von Dozierenden zu senken und die jeweilige Betreuungsrelation zu verbessern. Das würde zudem arbeitsmarktpolitische Wirkung entfalten durch geringere Arbeitslosenzahlen, aber auch höhere Nachfrage.

4

## Vereinheitlichung der 16 deutschen Bildungssysteme

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat dafür einzusetzen, ein einheitliches Bildungssystem für die gesamte Bundesrepublik zu schaffen. Des Weiteren fordern wir den Juso-Bundesvorstand auf, sich für dieses bundesweit einheitliche Bildungssystem einzusetzen.

### Der Landesparteitag möge beschließen:

Die SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag wird aufgefordert, sich dafür einzusetzen, ein einheitliches Bildungssystem für die gesamte Bundesrepublik zu schaffen.

18

### Antragsbegründung:

20

Der Unterschied der verschiedenen Bildungssysteme in Deutschland führt zu Ungerechtigkeiten und Chancenungleichheit. Der Schulstandort entscheidet nicht selten über Qualität der Schulen und Abschlüsse und die Möglichkeiten zur Entfaltung der Schüler. Hier ist eine Föderalisierung unangebracht und störend. Ein ausführlicher Titelartikel des Magazins „DER SPIEGEL“ (Nr.27/5.7.10) zu diesem Thema ist dem Antrag beigelegt.

Aufgrund der Ungerechtigkeit und der Chancenungleichheit möchten wir die Forderung nach einem einheitlichen Bildungssystem einbringen. Die SPD soll bundesweit für die bildungspolitische Kompetenzabgabe der Länder zugunsten des Bundes werben und dafür eintreten.

32

Dazu sind Bildungskonzepte zu erarbeiten, die eine gerechte, leistungsorientierte Selektion ermöglichen und nicht Selektion nach Status und Finanzen der Eltern.

Als konkretes Beispiel möchten wir den Bereich der Ausbildung an Fachschulen diesbezüglich erläutern:

Berufsabschlüsse, die an Fachschulen erworben werden, sollen bundesweit den gleichen Titel und vergleichbare Kompetenzen beinhalten.

2

Bislang trifft jedes Bundesland eigene Regelungen für die Ausbildung verschiedener Berufe an Fachschulen. Auch kann jedes Bundesland entscheiden, welche Berufe an Fachschulen zu erlernen sind, und für welche Berufe die Ausbildung im dualen Ausbildungssystem greift. Teilweise tragen die Berufsabschlüsse in verschiedenen Bundesländern andere Bezeichnungen.

8

Zwar werden im Rahmen der Kultusministerkonferenz Abstimmungen getroffen, doch gestaltet jedes Land die gesetzlichen Grundlagen etwas anders. So weichen häufig die Berufsbezeichnungen differieren. In einigen Berufen unterscheiden sich auch inhaltliche Schwerpunkte der Ausbildung. Illustrieren lässt sich das Beispiel der Berufe, die an Fachschulen für Sozialwesen bzw. Sozialpädagogik ausgebildet werden.

14

Wir fordern deshalb die Kompetenz zur gesetzlichen Regelung von Berufsausbildungen auf Bundesebene anzusiedeln. In einem Europa, in dem es Stipendien für Auslandserfahrung während der Ausbildung gibt, sollten die Berufe innerhalb des Landes durch vergleichbare Kompetenzen gekennzeichnet werden.

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2

**B 7** zurückgezogen  
**Antragsteller: Potsdam-Mittelmark**

4

## **Bildungsföderalismus im Bereich der Ausbildung an Fachschulen**

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Juso-Landesvorstand wird beauftragt, sich bei der zuständigen Stelle dafür  
10 einzusetzen, dass die Länderkompetenz in Bezug auf die Gestaltung der Ausbildungen  
12 an Fachschulen auf Bundesebene verlagert wird. Berufsabschlüsse, die an Fachschulen  
erworben werden, sollen bundesweit den gleichen Titel tragen und vergleichbare  
Kompetenzen beinhalten.

### 14 Antragsbegründung:

16 Bislang trifft jedes Bundesland eigene gesetzliche Regelungen für die Ausbildung  
18 verschiedener Berufe an Fachschulen. Auch kann jedes Bundesland entscheiden,  
welche Berufe an Fachschulen zu erlernen sind, und für welche Berufe die Ausbildung im  
Dualen Ausbildungssystem greift. Teilweise tragen die Berufsabschlüsse in  
verschiedenen Bundesländern andere Bezeichnungen.

20 Zwar werden im Rahmen der Kultusministerkonferenz Abstimmungen getroffen, doch  
gestaltet jedes Land die gesetzlichen Grundlagen etwas anders. So weichen häufig die  
22 Anteile von theoretischer und praktischer Ausbildung voneinander ab und auch die  
Berufsbezeichnungen differieren. In einigen Berufen unterscheiden sich auch inhaltliche  
24 Schwerpunkte der Ausbildung. Illustrieren lässt sich das am Beispiel der Berufe, die an  
Fachschulen für Sozialwesen bzw. Sozialpädagogik ausgebildet werden.

26

Beispiel: In einigen Bundesländern wird der Beruf HeilerziehungspflegerIn ausgebildet,  
28 während sich andere Länder für die/den HeilerzieherIn entscheiden. Die Gewichtung der  
Schwerpunkte von Pädagogik und Pflege unterscheidet sich zwischen den  
30 Bundesländern damit teilweise deutlich voneinander.

Im Ergebnis führt das zu wenig Vergleichbarkeit der Berufsabschlüsse zwischen den  
32 Bundesländern. Bewerber haben es auf dem Arbeitsmarkt damit schwer, sich auf Stellen  
in anderen Bundesländern zu bewerben; aber auch Arbeitgeber können die Qualität der  
34 absolvierten Ausbildung kaum einschätzen.

Wir fordern deshalb die Kompetenz zur gesetzlichen Regelung von Berufsausbildungen  
36 auf Bundesebene anzusiedeln. In einem Europa, in dem es Stipendien für  
Auslandserfahrung während der Ausbildung gibt, sollten die Berufe innerhalb des Landes  
38 durch vergleichbare Kompetenzen gekennzeichnet sein.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 8**                    *angenommen*  
**Antragsteller: Potsdam, HSG Potsdam, Elbe Elster**

**Für eine Bundesratsinitiative zur BAföG-Förderung eines Teilzeitstudiums**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg fordern die Landesregierung Brandenburgs auf, noch in der laufenden Legislatur in Absprache mit allen anderen kooperationsbereiten Landesregierungen im Bundesrat eine Gesetzesinitiative zu starten, um im BAföG die Förderfähigkeit eines Teilzeitstudiums mit geeigneten Regelungen zu verankern.

Der Landesvorstand der Jusos Brandenburg wird aufgefordert, dieses Anliegen in alle SPD-Gremien und ggf. den Landtag zu bringen.

Antragsbegründung:

Brandenburg hat mit § 17 Abs. 4 BbgHG eine bundesweit vorbildliche, wenngleich noch weiter ausbaufähige Regelung zum Teilzeitstudium. Die soziale Wichtigkeit und Notwendigkeit, die dadurch zum Ausdruck gebracht wird, erfordert jedoch als begleitende Maßnahme eine BAföG-Novelle. Denn ohne finanzielle Absicherung nach BAföG werden sehr viele, die de facto in Teilzeit studieren, weil sie neben dem Studium für ihren Lebensunterhalt Jobben müssen, sich nicht de jure als Teilzeitstudierende/r zurückmelden, um das BAföG nicht gestrichen zu bekommen.

Eine Bundesratsinitiative würde das Thema auf die politische Agenda der Bundesregierung setzen, die gezwungen wäre, ebenfalls zu reagieren.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 9** mit Änderungen angenommen  
**Antragsteller: Potsdam, HSG Potsdam, Elbe Elster**

**Exzellente Lehre stärker würdigen – Lehrpreise für Brandenburg**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Zur Auszeichnung und Wertschätzung hervorragender Schul- und Hochschullehrleistungen soll das Land Brandenburg Lehrpreise ausloben. Dafür sind nur die Schüler und Studierenden vorschlagsberechtigt.

Antragsbegründung:

Die Lehre an den Hochschulen sollte auch von der Anerkennung her weiter gestärkt werden und nicht nur auf „exzellente Forschung“ abgezielt werden. Hervorragende Lehrleistungen werden auch bei Berufungen viel zu wenig gewürdigt, dabei ist die grundständige forschungsbasierte Lehre das Fundament, um Qualifikationen für exzellente Forschung zu erwerben. Ein Landeslehrpreis kann dabei ein Mittel sein, den Ruf des Lehrenden zu stärken.

Der Landeslehrpreis sollte jedoch keine Symbolpolitik werden, sondern muss einhergehen mit einer ausfinanzierten Schaffung entsprechender Lehrrahmenbedingungen und planbarer, tarifvertraglich abgesicherter Beschäftigungsverhältnisse, wodurch gute Lehre in der Breite erst ermöglicht werden kann. Zudem sind bedarfsgerecht gestaltete didaktische Weiterqualifizierungen für die Dozierenden im Rahmen der Arbeitszeit („Bildungsurlaub“) anzubieten.

4

## **Für Zivilklauseln im BbgHG und an den Hochschulen**

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

10 Die Jusos Brandenburg fordern die Landespolitik dazu auf, in einer Novelle des  
12 Brandenburgischen Hochschulgesetzes (BbgHG) einen Absatz zur „Zivilklausel“ (Ächtung  
unterstützter oder gebilligter Rüstungs- und Militärwirtschaftsforschung an staatlichen  
Hochschulen) einzufügen bzw. diese in der Präambel des BbgHG zu verankern.

14 Ferner fordern die Jusos Brandenburg eine Selbstverpflichtung der Hochschulen an  
entsprechender Stelle der Grundordnungen bzw. in deren Leitbildern. Hier ist klar  
16 Stellung zu beziehen in Bezug auf die Nichtkooperation zwischen Hochschulen und  
Forschungsprojekten, Drittmittelanträgen sowie Institutionen und Organisationen der zivil-  
18 militärischen Sicherheitsforschung. Hochschulen sollen sich dazu verpflichten, nicht als  
Projektpartner oder Kofinanzierer aufzutreten. Zudem ist auszuschließen, dass Lehre  
20 innerhalb der Hochschulen von Dozierenden abgedeckt wird, die ein  
Hauptbeschäftigungsverhältnis bei einer der genannten Organisationen / Institutionen  
22 abdecken, da bei diesen nicht von einer interessenfreien Lehre auszugehen ist.

### Antragsbegründung:

24 In den letzten Jahren ist eine Ausweitung und Vertiefung von Rüstungsforschung an  
26 staatlichen, zivilen Hochschulen zu beobachten. Sie ist ein zentraler Bestandteil der  
neoliberal-konservativen Militarierungspolitik – des Krieges nach Innen und Außen. Das  
28 wichtigste Konzept dafür ist die Durchdringung von ziviler Forschung mit militärischen  
Zwecken – des so genannten „dual use“. Dieses Konzept ist nicht neu, wird nun jedoch  
30 eingebettet in eine umfassende zivilmilitärische Strategie für alle Bereiche der Innen- und  
Außenpolitik.

32 Eine Schlüsselrolle in dieser zivilmilitärischen Strategie fällt dabei den Studierenden zu.  
Die Formierung künftiger Generationen von verantwortungslosem Führungspersonal im  
34 Zuge der sogenannten „Exzellenzinitiative“, der Schaffung von Elite-Universitäten und der  
Ökonomisierung der Hochschulen ist in großen Teilen bisher – auch von den  
36 Studierenden selber - nicht erkannt worden. So wird durch die Methode der Leugnung  
und Verharmlosung existierender rüstungsrelevanter Forschung und der Strategie der  
38 Verschleierung existierender militärsoziologischer sowie sicherheitspolitischer  
Kooperationsprojekte eine Verflechtungen mit der Rüstungsindustrie und

2 außeruniversitärer Sicherheitspolitikforschung zu verdecken versucht. Der erste wichtige  
Schritt ist demnach die Sensibilisierung, das Informieren und die Aufdeckung solcher  
4 Kooperationsprojekte. Ferner sollten die Gründe für eine solche sich intensivierende  
Kooperation erkannt werden. So scheint aufgrund der Ökonomisierung der Bildung die  
6 Freiheit und Selbstbestimmung der Hochschulen untergraben zu werden. Die  
zunehmende Abhängigkeit von Drittmitteln begünstigt dabei die Durchdringung der  
8 Hochschulen mit Sicherheitspolitikforschung. Diese Abhängigkeit muss durch  
ausreichende Grundfinanzierung aufgehoben werden und gleichzeitig ist ein Verbot bzw.  
10 eine Ächtung solcher Kooperationen anzustreben. Zur Bewahrung der Hochschulfreiheit  
ist es wichtig, die Forderung nach „Zivilklauseln“ (Verzicht auf Kooperation mit  
12 Rüstungsindustrie) zu erheben und die öffentliche Diskussion über Lehr- und  
Forschungsinhalte zu fördern.

14 Die zivilmilitärische Konzeption der „vernetzten Sicherheit“ bedeutet die Kooperation der  
Bundeswehr sowie anderer Institutionen / Organisationen mit  
16 Sicherheitspolitikschwerpunkten mit zivilen Akteuren wie Hochschulen zwecks  
„Verhinderung“ bzw. „Beherrschung“ von Konfliktpotenzialen und dem Bestreben der  
18 „Stabilisierung“ vorherrschender Gesellschaftsstrukturen und Machtverhältnisse. Mit  
dieser „Governance-Konzeption“ wird versucht, auch geistes- und  
20 sozialwissenschaftliche Bereiche von Hochschulen in dieses Handeln einzubinden. Zur  
Material- und Technikforschung innerhalb der naturwissenschaftlichen Gebiete tritt nun  
22 also eine Ausweitung in andere Wissenschaftsbereiche.

Es geht bei „Zivilklauseln“ nicht um ein Verbot von militärhistorischer Forschung. Auch ist  
24 damit nicht die Forderung verbunden, dass Archivbestände (z.B. im Militärgeschichtlichen  
Forschungsamt der Bundeswehr (MGFA) in Potsdam) nicht mehr für die  
26 wissenschaftliche Aufarbeitung der Militärgeschichte genutzt werden soll.

Jedoch gibt es in Brandenburg verschiedene Institutionen und Organisationen (z.B. das  
28 Brandenburgische Institut für Gesellschaft und Sicherheit (BIGS)), die sich – neben der  
Bundeswehr und ihrem deutschlandweit in der Form einzigartigen Studiengang Military  
30 Studies an der Universität Potsdam – mit sicherheitspolitischen  
Forschungsgegenständen auseinandersetzen und Kooperationsprojekte mit staatlich-  
32 zivilen Hochschulen betreiben.

Diesen Entwicklungen muss begegnet werden, soll die Lehre und Forschung frei von  
34 diesen Einflüssen bleiben. Hierfür wäre eine Verpflichtung zur Nichtkooperation mit  
diesen Institutionen und Einrichtungen ein klares und wichtiges Zeichen. In  
36 verschiedenen Bundesländern und Hochschulen gibt es diese so genannten  
„Zivilklauseln“ bereits. Zu nennen wäre hierbei u.a. das ehemalige Niedersächsische  
38 Hochschulgesetz (1993 – 2002) sowie die aktuellen Grundordnungen der TU Berlin, der

2 Universitäten Oldenburg, Tübingen, Kassel, Konstanz, Bremen und Dortmund sowie die  
Leitbilder der HU Berlin und TU Ilmenau.

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 11**            *angenommen*  
**Antragsteller: Potsdam, HSG Potsdam**

**Besser gemeinsam lernen. Klassengrößen senken!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD geführte Landesregierung und das Ministerium für Bildung, Jugend und Sport auf, die maximale Klassengröße an Grundschulen auf 16 Schülerinnen und Schüler und an weiterführenden Schulen auf 22 festzulegen.

Antragsbegründung:

Derzeit haben in den Schulformen Grundschule, Oberschule, Gesamtschule und Gymnasium 15-50% (15-20% an Oberschulen, bis zu 40% bei Gesamtschulen, 50% bei Gymnasien) der Klassen eine Größe von 26 bis 30 SchülerInnen. Bis zu 2% der Klassen haben sogar eine Klassengröße von über 30 SchülerInnen. Dies führt zu einer massiven Belastung für Lehrpersonal und Lernende, weil angesichts solcher Klassenstärken keine optimale Betreuung gewährleistet werden kann. Gerade in der Grundschule auf dem Weg zum 10. Klasse Abschluss und möglicherweise zur Gymnasialen Oberstufe ist das jedoch entscheidend! Es ist daher erstrebenswert, die maximale Klassengröße auf 16 beziehungsweise 22 zu senken, damit übervolle Klassen die Ausnahme darstellen und nicht die Normalität.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**B 12**            *angenommen*  
**Antragsteller: Potsdam, HSG Potsdam, Elbe-Elster**

**Für ein semesterweise und unbürokratisch wählbares Teilzeitstudium**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg begrüßen die neue gesetzliche Regelung zum Teilzeitstudium in § 17 Abs. 4 BbgHG ausdrücklich als Fortschritt. Jedoch bekräftigen wir die Forderung, dass alle Studiengänge in Teilzeitform angeboten werden sollten und dass eine Rückmeldung semesterweise, allenfalls aus organisatorischen Gründen für maximal zwei Semester, unbürokratisch möglich sein sollte. Die Nachweis-Regelung und die Entscheidungsgewalt der Hochschule über den Antrag auf Teilzeitstudium entsprechen nicht selbstbestimmtem Lernen und sollten daher abgeschafft werden.

Antragsbegründung:

Ein semesterweise wählbares Teilzeitstudium ist an der BTU Cottbus bereits seit längerem möglich. Die Universitätsleitung Potsdam versucht jedoch, die Umsetzung der Gesetzesregelung zu erschweren. U. a. wird die Flexibilität beim Wechsel Teilzeit/Vollzeit ad absurdum geführt, wenn das „Studienjahr“ mit 2 Jahren definiert wird, was nicht dem Ansinnen von uns Jusos und der rot-roten Koalition entspricht, die klar von semesterweise bzw. jahresweise (2 Semester) ausgehen. Zudem haben viele Fächer zurückgemeldet, dass sie durchaus eine semesterweise Umsetzung ermöglichen könnten.

Die vor dem eigenen sozialen Hintergrund des Studierenden gefällte Entscheidung, ob sie/er in Teilzeit studieren möchte, sollte nicht letztinstanzlich von der Hochschule geprüft und die Bewilligung in deren Ermessen gestellt werden.

2 **B 13** *mit Änderungen angenommen*

**Antragsteller: Uckermark**

4

## **Kostenlose Nutzung von Bibliotheken**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

10 Die Jusos Brandenburg fordern, die SPD geführte Landesregierung und die Kommunen  
12 des Landes Brandenburg auf, dass das Ausleihen von Büchern für Kinder und  
14 Jugendliche kostenlos sein muss. Ausschließlich die Registrierung in den Bibliotheken  
16 muss Pflicht sein um Bücher zu nutzen. Zusätzlich soll in schuleigenen und kommunalen  
18 Bibliotheken Bibliotheksunterricht eingeführt werden.

14

Antragsbegründung:

16 Bücher sind ein wichtiges Gut, welches jedem Bürger kostenlos zur Verfügung stehen  
18 sollte, vor allem Kinder und Jugendliche aus sozialschwachen Familien haben nicht die  
20 finanziellen Mittel um eine jährliche Bibliothekengebühr zu zahlen. Wenn wir die  
22 Bibliothekennutzung für Kinder und Jugendliche kostenlos ermöglichen, erhöhen wir die  
24 Chancengleichheit.

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32

Demokratie, Inneres und Bürgergesellschaft

D 1	Schutzräume bzw. Schutztüren an Polizeiwachen	LDS
D 2	Prüfung der Zahlung der Gehälter Kirchlicher Würdenträger.	P
D 3	Asylbewerberleistungsgesetz auf den Prüfstand	OHV
D 4	Grundrechte im Internetzeitalter	OHV
D 5	Informationsmaterial	LOS

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**D 1** *abgelehnt*  
**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

## **Schutzräume bzw. Schutztüren an Polizeiwachen**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern den Innenminister und die SPD-Fraktion im Brandenburger Landtag auf, die Polizeiwachen, die den Status einer sogenannten 24-Stunden-Wache verlieren bzw. bereits nicht mehr besitzen, mit Schutzräumen bzw. Schutztüren auszustatten.

Antragsbegründung:

Im Zuge der laufenden Polizeistrukturereform hat der Minister für Inneres angekündigt, dass einige Polizeiwachen im Land Brandenburg den Status einer sogenannten 24-Stunden-Wache verlieren werden. Wir unterstützen diesen Schritt zur sinnvollen Reduzierung des Polizei-Personals, wenn die Sicherheit im Land Brandenburg sich nicht verschlechtert.

Allerdings müssen diese Polizeiwachen ein Anlaufpunkt bleiben, um sich vor einer Gewalttat zu schützen, dort nach Hilfe und Sicherheit suchen. Als Beispiel dienen hierbei mehrere Fälle, die rechtsradikaler Gewalt zum Opfer gefallen sind.

Es besteht also die Gefahr, dass die direkte Möglichkeit genommen wird, sich in einer Polizeiwache in Sicherheit zu bringen, weil diese in den Abend- und Nachtzeiten geschlossen ist. Es muss gewährleistet werden, dass durch die Einrichtung von Sicherheitsräumen der Schutz der Bevölkerung aufrechterhalten wird.

4

## **Prüfung der Zahlungen an die Kirchen**

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Wir fordern die brandenburgische Landesregierung zur Prüfung der regelmäßigen  
10 Zuwendungen an die Kirchen auf, die als Ausgleich für vergangene Enteignungen  
gezahlt werden (Konkordate). Wir fordern, mit entsprechenden Religionsgemeinschaften  
12 zu verhandeln und die Voraussetzungen für eine Beendigung festzustellen. Dabei ist der  
Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zwischen ehemals enteignetem Gut, geleisteten  
14 Zahlungen und bestehenden Ansprüchen zu wahren.

### Antragsbegründung:

Die Gehälter kirchlicher Würdenträger werden vom Staate bereits seit über 170 Jahren  
18 gezahlt. Diese Regelung wurde getroffen, um die Kirchen für Enteignungen zu Beginn  
des 19. Jahrhunderts zu entschädigen. In dieser langen Zeit wurde der eigentliche Wert  
20 der damaligen Vermögensverluste bereits um ein Vielfaches übertroffen. Auf der anderen  
Seite wurde aber den Kirchen auch eine Möglichkeit Gelder zu erwirtschaften  
22 genommen. Aus diesem Grund ist es rein rechtlich nicht möglich, die Zahlungen einfach  
einzustellen, sondern es müsste z.B. eine entsprechende Einmalzahlung (wie 1983 in  
24 den Niederlanden) geleistet werden. Hier ist vor allem zu sehen, dass sich diese  
langfristig rentieren wird, da jährliche Zahlungen entfallen. Es entsteht somit sowohl für  
26 den Staat, als auch für die Kirchen ein positiver Effekt, da Kirche und Staat finanziell klar  
getrennt wären. Zudem wird klargestellt, ob die bisherigen Zahlungen in ihrem Umfang  
28 gerechtfertigt waren und ob eine abschließende Einmalzahlung vertretbar ist. Eine  
Prüfung für eine mögliche Beendigung dieser Zahlungen ist hier der erste richtige Schritt.

30

32

34

36

38

4 **Asylgesetzgebung auf den Prüfstand**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Landesvorstand wird sich mit der Problematik der bestehenden Asylgesetzgebung  
10 auseinandersetzen.

12 Zu überdenken sind der Vorrang von Sachleistungen und Wertgutscheinen gegenüber  
14 Bargeld, die Residenzpflicht sowie das Schul- bzw. Arbeitsverbot für Asylbewerber und  
16 die damit verbundene Verhinderung echter Integration. Der Landesvorstand wird  
18 beauftragt, sich mittels eines entsprechenden Antrags für den Landesparteitag der SPD  
20 für die Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes unter oben genannten Aspekten  
22 einzusetzen. Der Landesvorstand wird beauftragt, einen Antrag für den Landesparteitag  
24 zu erstellen, der die Landesregierung auffordert gegen die Bundesregierung eine  
26 Verfassungsklage einzureichen, da die Kostenschätzungen aus dem  
28 Asylbewerberleistungsgesetz gegen Art. 1 Abs. 1 GG verstoßen.

30 Antragsbegründung:

32 Das AsylbLG ist von dem Grundgedanken getragen, durch „Art, Umfang und Form der  
34 Leistungsgewährung keinen Anreiz zu schaffen, um aus wirtschaftlichen Gründen nach  
36 Deutschland zu kommen“ (Gemeinschaftskommentar zum AsylbLG, 2005, § 3 Rn. 3).

38 Daher liegt die an den einzelnen Asylbewerber gewährte Grundleistung etwa deutlich  
unter dem Niveau des Regelsatz des Arbeitslosengeldes II. Zudem sind die Leistungen  
von Gesetzes wegen vorrangig als Sachleistung zu erbringen, nur „höchst  
ausnahmsweise“ (GK-AsylbLG, 2005, § 3 Rn. 3) dürfen Geldleistungen zur Deckung des  
notwendigen Bedarfes gewährt werden.

Der Grundgedanke des AsylbLG gehört auf den Prüfstand. Deutschland ist ein  
Einwanderungsland und braucht aufgrund der demographischen Entwicklung Zuzug.

Asylbewerber, die hier lange Zeit leben, möglicherweise gar in Deutschland eine Familie  
gründen oder erweitern, sollten eine Chance auf Einbürgerung erhalten. Diese soll nicht  
bedingungslos erfolgen, sondern durchaus gewisse Leistungen – wie Sprachkompetenz,  
Aussicht auf einen Arbeitsplatz, etc. - abfordern. Es hat jedoch keinen Sinn,  
Asylbewerber ohne Ansehen ihrer persönlichen Situation und Fähigkeiten durch  
Arbeitsverbot und Residenzpflicht an der Integration zu hindern und in jedem Falle nach  
Wegfall des Asylgrundes wieder in ihre Herkunftsländer abzuschicken. Ein modernes

2 Einwanderungsland muss im ureigensten Interesse auch Menschen, die zunächst nur  
Asyl suchen, bei Erfüllung gewisser Anforderungen die Chance zur Einbürgerung bieten.

4 Da es sich bei dem Asylbewerberleistungsgesetz um ein Bundesgesetz handelt, sind die  
geforderten Änderungen nur auf Bundesebene zu erreichen.

6

Zur geforderten Verfassungsklage: Das Urteil des ersten Senats des  
8 Bundesverfassungsgerichts vom 9. Februar 2010 zu den Berechnungen der Hartz-IV-  
Sätze erklärte diese Berechnungen aufgrund fehlender Nachvollziehbarkeit und  
10 Transparenz für verfassungswidrig. Die Urteilsbegründung bezog sich auf Art. 1 Abs. 1  
GG, welche sich auf die Würde des Menschen an sich bezieht. Dieser grundsätzliche  
12 Artikel gilt nicht nur für deutsche Bürger, sondern auch für Asylbewerber. Im Zuge dessen  
ist eine erfolgreiche Verfassungsklage der Landesregierung gegen die Bundesregierung  
14 als Vertreter der Bundesgesetze sehr aussichtsreich.

*Urteil des BVerfG:*

16 [http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20100209\\_1bvl000109.html](http://www.bundesverfassungsgericht.de/entscheidungen/ls20100209_1bvl000109.html)

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

4

## **Grundrechte im Internetzeitalter**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

dass der Landesvorstand zum SPD-Landesparteitag einen Antrag zum Thema  
10 Datenschutz im Internetzeitalter einbringt.

Ziel ist es dabei neben den unbestrittenen positiven Aspekten des Internets und  
12 insbesondere sozialer Netzwerke, auch die nach wie vor ungelösten Problemfelder zum  
Gegenstand der Debatte zu machen.

14 Dabei orientiert sich der Landesvorstand an folgenden Grundaussagen:

1. Das Datenschutzrecht bezieht sich bislang vor allem auf das Verhältnis von Bürger zu  
16 Staat. Diese Sichtweise ist jedoch angesichts allmächtiger Dienstleister im Internet  
nicht mehr zeitgemäß und Bedarf einer Überholung dergestalt, dass auch im  
18 Verhältnis zwischen Privaten entsprechende Widerspruchs- und Löschungsrechte  
bestehen. Ein bereits erklärtes Einverständnis zur Veröffentlichung bestimmter  
20 Informationen muss dabei auch nachträglich wieder zurücknehmbar sein.

22 2. Persönlichkeitsrechtverletzungen müssen auch im Internet konsequent und effektiv  
geahndet werden können. Dazu müssen effektive Instrumente geschaffen werden.  
24 Ein Weg könnte die Forcierung des Abschlusses vieler internationaler Verträge sein.

26 3. Die Öffentlichkeit, insbesondere jedoch Kinder und Jugendliche, müssen zu einem  
eigenverantwortlichem Umgang mit sensiblen Daten erzogen werden. Dies sollte -  
28 soweit es bislang noch nicht der Fall ist - durch entsprechenden Unterricht in der  
Schule, Aufklärungskampagnen und Informationen der Verbraucherschutzzentralen  
30 sichergestellt werden.

32 4. Datenhandel muss gesetzlich begrenzt werden. Dafür darf der Staat auch nicht vor  
Verboten zurückschrecken. Personen, die bereits in der Vergangenheit durch  
34 rechtswidrigen Datenhandel aufgefallen sind, sollten in eine „schwarze Liste“  
aufgenommen werden, die z. B. von den Verbraucherschutzzentralen geführt werden  
36 könnte.

2 5. Die Vernetzung von personenbezogenen Daten ist strenger zu reglementieren. Die  
Erstellung von Bewegungsprofilen ist ein dabei insbesondere kritisch zu  
4 überprüfender Bereich.

6 6. Kundendaten sollten bei der Beendigung einer Vertragsbeziehung regelmäßig  
gelöscht werden müssen.

8  
10 7. Private und Staat müssen die Inhaberschaft von personenbezogenen Daten  
transparent machen. Dafür käme ein Organisationsmodell in Betracht, bei dem sich  
12 der Kunde an eine Firma oder staatliche Stellen wenden kann und diese verpflichtet  
sind, ihm Auskunft über vorhandene personenbezogene Daten zu geben und er ggf.  
dessen Löschung veranlassen kann.

14

Antragsbegründung:

16 Parteilgliederungen auf kommunaler Ebene haben nicht das Personal und die Kompetenz  
konkrete Regulierungsvorschläge für das Datenschutzrecht einer entwickelten  
18 Industrienation im 21. Jahrhundert zu unterbreiten. Voraussetzung für eine Lösung  
bestehender Probleme in diesem Bereich ist jedoch, dass diese klar benannt werden –  
20 und als möglich erachtete Lösungsansätze ebenfalls in die Diskussion einfließen. Dies ist  
das Ziel des vorliegenden Antrags. Im Übrigen erfolgt die Begründung mündlich.

22

24

26

28

30

32

34

36

38

4

### **Informationsmaterial**

6

#### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Landesvorstand der Jusos Brandenburg wird aufgefordert, sich an die Organisation  
10 „Tolerantes Brandenburg“ zu wenden und die Erstellung einer aktuellen  
12 Informationsbroschüre über Symboliken und andere Erkennungsmerkmale von  
14 Kameradschaften und anderen Neonazis anzuregen. Die zuständigen Minister sind hierin  
16 einzubeziehen. Dazu gehören auch aktuelle Informationen wie Persönlichkeiten,  
Verbindungen zu Wirtschaft, Politik und Gesellschaft als auch örtliche Läden. Dieser  
Reader/Flyer soll allen Gliederungen von SPD und Jusos zugänglich gemacht werden,  
um deren Kampf für Toleranz und Demokratie gegen rechtsradikale Tendenzen zu  
unterstützen.

#### Antragsbegründung:

18 Seit Jahren dehnt sich in Brandenburg die rechte Gesinnung immer mehr auf der breite  
20 Bevölkerung aus. Deswegen ist es notwendig, dass die Jusos entschlossen dagegen  
22 einschreiten. Wir als Antragsteller legen unser Augenmerk auf jene Gruppen, die sich  
24 durch bestimmte Symbolik und bestimmte Kleidung politischen Andersdenkenden,  
26 Ausländern, Homosexuellen und Angehörigen anderer Religionen entgegenstellen. Die  
Recherchen der Jusos Oder-Spree haben ergeben, dass eine hier geforderte allgemeine  
Informationsquelle der SPD, ihren Gliederungen oder Verbündeten, bisher nicht zur  
Verfügung steht. Die offizielle Website der SPD beschränkt sich im Wesentlichen auf  
sehr oberflächliche und allgemeine Informationen und Downloads. Ähnliches ist auf den  
Webauftritten der Jusos, von „Storch Heinar“ und „Endstation Rechts“ zu beobachten.

28

30

32

34

36

2

4

6

8

## Europa, Frieden, Sicherheit

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

E 1	Gemeinsame Stiftung für die Kyritz- Wittstock- Ruppiner Heide von Bund und Land	OPR
E 2	Freiheit und Sicherheit - überall!	PR

34

2 **E 1** *überwiesen an Juso Landesvorstand*

**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

4

**Gemeinsame Stiftung für die Kyritz- Wittstock- Ruppiner Heide von Bund  
6 und Land**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Die Landesregierung anzuregen, eine gemeinsame Stiftung von Land und Bund für die  
Entkontaminierung der Kyritz- Wittstock- Ruppiner Heide zu gründen.

12

Antragsbegründung:

14 Im Jahr 2007 beschloss die LDK der Jusos Brandenburg einen Antrag zum  
Bundesparteitag im selben Jahr zu stellen, welcher die friedliche Nutzung des 12.000  
16 Hektar großen Areals forderte. Dieser Beschluss gilt als Urknall in der Meinung der  
Bundes- SPD zum „Bombodrom“. Die Heide ist seit Juli 2009 frei, die Bundeswehr zog  
18 sich im Januar 2011 aus dem Gebiet zurück. Geblieben ist die Gefahr die von tausenden  
Tonnen Altlasten ausgeht. Um Nachhaltigkeit zu beweisen soll nach unserer Auffassung  
20 eine Stiftung gegründet werden, welche als Ziel beinhaltet, das Gebiet zu räumen damit  
die Heide endgültig frei wird.

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**E 2**      *Spaßantrag*  
**Antragsteller: Prignitz**

**Freiheit und Sicherheit - überall!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Bodyscanner an allen öffentlich zugänglichen Orten in Brandenburg einzuführen, um die Sicherheit der Brandenburgerinnen und Brandenburger zu gewährleisten.

Antragsbegründung:

Zunehmend werden die Bodyscanner am Flughafen, die sogenannten "Nackts Scanner", kritisiert. Wer Sicherheit im Flugzeug will, soll sich komplett preisgeben - und somit für ein gemeinschaftliches Sicherheitsgefühl sorgen.

Aber wenn man überlegt wieviel Lebenszeit man auf dem Flughafen/ im Flugzeug verbringt, bemerkt man ein riesiges Sicherheitsdefizit.

Der Mensch hat ein dauerhaftes Sicherheitsgefühl: beim Bäcker, in der Bahn, im Zoo oder auf Arbeit. Deshalb muss ein Schutz der BrandenburgerInnen her, der wirksam gegen Terrorismus ist.

Kritik wegen der Offenlegung der Privatsphäre ist nicht akzeptabel – denn das Allgemeinwohl geht vor die Einzelinteressen.

Die Strahlenbelastung ist nicht höher als im Alltag mit Handys, Mikrowellen und sonstige technischen Geräten.

Wer gegen die Einführung von Bodyscannern an allen öffentlich zugänglichen Orten ist, gefährdet das Leben von jeder Brandenburgerin und jedem Brandenburger.

2

4

6

8

# Finanz- und Steuerpolitik

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

F 1	Ausbau der staatlichen Kontrolle und Regulierung von Hedgefonds	P
F 2	Wirtschaftsparteispenden verbieten!	P

36

2 **F 1** *mit Änderungen angenommen*

**Antragsteller: Potsdam**

4

## **Ausbau der staatlichen Kontrolle und Regulierung von Hedgefonds**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen,

8 Der Landesparteitag möge beschließen, Der Bundeskongress möge beschließen:

10 Die SPD und SPE in all ihren Gliederungen möge sich auf nationaler, europäischer und  
internationaler Ebene für die planvolle Regulierung von Beteiligungsfirmen und  
12 Hedgefonds einsetzen. Diese sollen vergleichbaren Kontrollen,  
Transparenzanforderungen und Bilanzierungsregeln unterliegen, wie der Bankensektor.

14

### Antragsbegründung:

16 Im Jahr 2009 gab es weltweit etwa 9400 Hedgefonds, welche ein Gesamtvermögen von  
ca. 1700 Milliarden Dollar verwalteten. Den 100 größten von ihnen kam dabei ein Anteil  
18 von etwa 70% dieser Summe zu. Insgesamt verzeichnete die Branche in diesem ersten  
Jahr nach der Weltwirtschaftskrise ein Umsatzwachstum von erstaunlichen 13%.

20 Diese Entwicklung beruhte zu großen Teilen auf einem geringen Maß an Regulierung  
und Kontrolle durch die Steuer- und Finanzbehörden, laxen Eigenkapitalanforderungen  
22 und einem für die Öffentlichkeit vollkommenen Mangel an Transparenz, welche diese  
Anlageprodukte für risikobereite Großinvestoren besonders interessant machte. Bei  
24 einem überwiegenden Teil von Hedgefonds sind das Anlagevolumen, die Identitäten der  
Anleger und deren Anteil am Anlagevermögen, der Anteil von Krediten für etwaige  
26 Übernahmeprojekte (häufig über 90% der Gesamtbilanzsumme), die in den Bilanzen  
versteckten Risiken oder anderweitige grundlegende Informationen der Öffentlichkeit und  
28 den staatlichen Behörden nicht zugänglich. Auch aufgrund dieses Mangels an Kontrolle  
und Regulierung konnte es beispielsweise dem Anlagebetrüger Bernie Madoff im Jahr  
30 2008 gelingen, seine Anleger um ein Vermögen von geschätzten 50 Milliarden Dollar zu  
prellen.

32 Um vergleichbare Betrugereien und die damit verbundenen Verwerfungen für die  
Finanzindustrie und die Realwirtschaft zu verhindern, muss es das Ziel  
34 sozialdemokratischer Politik sein, die Macht von Hedgefonds im Interesse des  
Allgemeinwohls zu kanalisieren, zu regulieren und zu kontrollieren. Aus diesem Grund  
36 setzen wir uns dafür ein, dass sich alle in Europa operierenden Hedgefonds registrieren  
lassen müssen, die Grunddaten ihrer Geschäftsmodelle und -strategien offen legen und  
38 Eigenkapitalanforderungen, analog zu denen welche für die Banken in der Konvention  
Basel II festgelegt wurden, unterwerfen müssen.

6 **Wirtschaftsparteispenden verbieten!**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die Landes- / Bundes-SPD auf, sich für die Einführung:

- 10
- eines Verbots von Parteispenden durch juristische Personen,
  - einer Höchstgrenze für Spenden von 30.000 Euro pro Jahr und Person, und
  - 12 · einer Anzeigepflicht für jede Spende über 10.000 Euro und deren sofortige Veröffentlichung durch den Bundestagspräsidenten einzusetzen.

14 Antragsbegründung:

Unternehmen, Wirtschaftsverbände und reiche „BesitzbürgerInnen“ nehmen auf dem  
16 Wege der Parteispende unzulässig Einfluss auf die programmatische Ausrichtung der  
Politik. Spenden an Parteien durch juristische Personen – zumeist durch  
18 Wirtschaftsverbände und Unternehmen – sind in der Bundesrepublik an der  
Tagesordnung. In vielen Ländern (z. B. Frankreich) ist diese Praxis verboten, da sie den  
20 politischen Wettbewerb verzerrt. Auch eine Deckelung von Spenden insgesamt muss  
geschehen, da sonst reiche UnternehmerInnen als Privatpersonen anstelle von den  
22 Unternehmen spenden.

24 Die Politik muss unabhängig von den Interessen der Wirtschaft sein und  
wirtschaftspolitische Maßnahmen nur dann ergreifen, wenn sie davon überzeugt ist, dass  
26 diese dem Wohl der Allgemeinheit dienlich sind. Die Wirtschaft muss den Menschen  
dienen und nicht umgekehrt, daher ist der Einfluss der Wirtschaft auf politische  
28 Entscheidungen zurückzudrängen.

30 Laut aktuellen Berichten haben die Parteien im Bundestag im Vorwahljahr 2008 über 20  
Mio. Euro Spenden aus der Wirtschaft erhalten. Davon rund 7,5 Mio. die CDU, 6,4 Mio.  
32 die CSU, 2,7 Mio. die FDP. SPD, Grüne und Linke haben insgesamt rund 3,2 Mio.  
Spenden erhalten, wobei die Linke wie in den Jahren davor „leer ausging“. Diese Zahlen  
34 zeigen, dass es den Wirtschaftsverbänden sowie Unternehmen – und damit starken  
Lobbygruppen – nicht um eine Stärkung des Parteienwesens insgesamt geht, sondern  
36 um die einseitige Unterstützung ihnen genehmer Gruppierungen.

Ferner stützen diese Daten die Annahme, dass wirtschaftsfreundliche Politik von der  
38 Wirtschaft belohnt wird. Den Höhepunkt der Zumutung erreichte diese Praxis mit der

2 Parteispende von 1 Mio. Euro des Hotelierverbandes an die FDP, die dadurch nun – zu  
Recht – als „Mövenpick- Partei“ bezeichnet wird und mit der Mehrwertsteuersenkung für  
4 Hotelübernachtungen gleich auch die Leistung für diese Bezahlung lieferte.

6 In welchem Ausmaß sich die Parteien durch Wirtschaftsparteispenden finanzieren, macht  
erneut den Grad ihrer Abhängigkeit von wirtschaftlichen Interessen deutlich. Der Anteil  
8 der Parteispenden von juristischen Personen lag 2008 bei der CSU bei 12,6 Prozent, bei  
der FDP bei 8,4 und bei der CDU bei 5,1 Prozent. Bei den Grünen waren es dagegen  
10 lediglich 1,8 und bei der SPD 1,6 Prozent.

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

<b>Gesundheitspolitik</b>
---------------------------

G 1	Erwerbsmöglichkeit für Präservative	OPR
G 2	Ein sicheres Leben in Brandenburg ermöglichen Zugang zu kostenlosen Kondomen in Brandenburg gewähren	PR

34

2 **G 1** *überwiesen an Landesausschuss*

**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

4

### **Erwerbsmöglichkeit für Präservative**

6

*Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:*

8 Das brandenburgische Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz  
aufzufordern, eine Bezugsmöglichkeit für Präservative in brandenburgischen  
10 Diskotheken, Bars und Jugendclubs herbeizuführen. Dazu soll es in Betracht ziehen, ob  
der §4 BbgGastG dadurch zu erweitern ist, dass mit dem Alkoholausschank eine  
12 Bereithaltungspflicht von Präservativen besteht und den Ordnungswidrigkeitstatbestand  
des §10 BbgGastG entsprechend erweitert.

14

*Antragsbegründung:*

16 erfolgt nach Bedarf mündlich

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2 **G 2** *überwiesen an Landesausschuss*

**Antragsteller: Prignitz**

4

**Ein sicheres Leben in Brandenburg ermöglichen Zugang zu kostenlosen  
6 Kondomen in Brandenburg gewähren**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 dass das Ministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz (MUGV) ein  
Konzept zur Finanzierung für die Bereitstellung von kostenlosen Kondomen in Bars,  
Kneipen, Diskos, Clubs, Jugendclubs zu erarbeitet.

12

Antragsbegründung:

14 Jedes Jahr infizieren sich junge und ältere BrandenburgerInnen mit HIV, im Jahr 2010  
waren es in Brandenburg über 30 HIV-Neuinfizierte.

16 Es gibt nur ein Mittel das hilft um sich nicht mit HIV zu infizieren: Kondome.

Die Finanzierung der Kondome soll über Mittel des Gesundheitsministeriums erfolgen.

18 Diese halten sich, im Gegensatz zu der Behandlung, sehr gering.

Die Eigentümer sind verpflichtet Kondome auszulegen, so dass Gäste anonym und  
20 kostenfrei an diese gelangen können.

Anonyme Kontrollen vom Gesundheitsamt sollen überprüfen, ob der kostenfreie Zugang  
22 zu den Kondomen erfolgt – und ob die Kondome haltbar sind.

24

26

28

30

32

34

36

38

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

**Kommunalpolitik**

36

K 1	Evaluation der Kommunalverfassung	LDS
-----	-----------------------------------	-----

2 **K 1** *überwiesen an Landesvorstand*

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

4

## **Evaluation der Kommunalverfassung**

6

*Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen,*

8 *der Landesparteitag möge beschließen:*

10 Die SPD-geführte Landesregierung wird aufgefordert die seit dem 28. Oktober 2008 in  
12 Kraft getretene Brandenburgische Kommunalverfassung hinsichtlich ihrer praktischen  
Umsetzung zu evaluieren. Insbesondere soll die Pflicht zur Schaffung eines  
Jugendparlaments bedacht werden.

14

*Antragsbegründung:*

16 Nach langem Diskussionsprozess ist im Jahr 2008 die neue Brandenburgische  
Kommunalverfassung in Kraft getreten. In der kommunalpolitischen Arbeit sind bereits  
18 erste Probleme zu Tage getreten. Um einer Flut von Novellierungsgesetzen  
vorzubeugen, sollte die Landesregierung gemeinsam mit den kommunalen  
20 Spitzenverbänden die Kommunalverfassung auf ihre Tauglichkeit überprüfen, sodass  
Änderungen dann in einem Gesamtpaket beschlossen werden können. Diese können  
22 dann zur nächsten Kommunalwahl 2014 in Kraft treten.

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32

# Organisation

O 1	Verstärkte Werbung von jungen Sympathisanten und Mitgliedern	LOS
O 2	Arbeitsauftrag „Diversity“ an den LAK Inneres & Bürgergesellschaft	OPR
O 3	Änderung der Richtlinie der Jusos Brandenburg	PR
O 4	Rotierende LaVo- Sitzungen	UM
O 5	LaVo-Sitzungen via Internetkonferenz	UM

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

O 1 zurückgezogen

Antragsteller: Oder-Spree

### **Verstärkte Werbung von jungen Sympathisanten und Mitgliedern**

Die Landesdelegiertenkonferenz der Jusos Brandenburg fordert die Unterbezirke der Jusos auf, dass sie vor Ort, durch größere Präsenz und Aktivität, mehr Jungmitglieder und Sympathisanten werben.

#### Antragsbegründung:

Seit Jahrzehnten sind die Mitgliederzahlen der Volksparteien rückläufig, und das, obwohl sich das demokratische Deutschland vor 20 Jahren um die Neuen Bundesländer vergrößert hat. Besonders hier, in Ostdeutschland, hatte die SPD wegen des klaren Abgrenzungsbeschlusses zu den ehemaligen Blockparteien einen schweren Start. Während die West-CDU mit der Ost-CDU fusionierte und die FDP durch die Übertritte der LDPD-Mitglieder ihre Mitgliederzahl mehr als verdreifachen konnte, musste die SPD in Ostdeutschland von vorn anfangen und alles neu aufbauen. Sie war dadurch sowohl personell, als auch materiell benachteiligt. Die Folgen sind noch heute in den Ländern Thüringen und Sachsen zu beobachten, in denen die dortige SPD keinen guten Stand hat.

Die überalterte SPD muss wieder jünger werden und neue Mitglieder werben. Besonders die Jusos müssen als Parteijugend Menschen animieren in die Partei einzutreten und aktiv zu werden.

Daher gilt es vor allem die Themen der Jugend anzusprechen, bevor die geringe Beteiligung dieser Personengruppe an den Parteien zu einem Problem für die gesamte Demokratie wird.

Dazu müssen öffentlichkeitswirksame Aktionen her. An jeden Unterbezirk der Jusos wird daher appelliert, selbstständig primär auf regionalen Themen basierende Aktionen durchzuführen, präsent zu sein und somit Mitglieder zu werben. An jedes einzelne Mitglied wird appelliert, potentielle Neumitglieder einzuladen, mit ihnen zu diskutieren und sie zum Mitmachen zu animieren.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**O 2** *überwiesen an LAK Inneres & Bürgergesellschaft*  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

**Arbeitsauftrag „Diversity“ an den LAK Inneres & Bürgergesellschaft**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg beauftragen den LAK Inneres & Bürgergesellschaft sich der Thematik Diversity anzunehmen. Ein Ziel soll sein unsere Partei zur Gesellschaft hin zu öffnen.

Antragsbegründung:

Diversity bedeutet übersetzt Vielfalt. In der Partei kann dies das Abbilden der Gesellschaft in der eigenen Partei bedeuten. In der SPD haben wir zu wenig Bürger mit Migrationshintergrund und Arbeiter, der Teil der Gesellschaft den wir beanspruchen zu vertreten.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**O 3**            *abgelehnt*

**Antragsteller: Prignitz**

### **Änderung der Richtlinie der Jusos Brandenburg**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

in die Satzung der Jusos Brandenburg folgenden Absatz aufzunehmen:

(3) Die Aufgabe der Jusos ist es primär innerhalb der Brandenburger Jugend und der Brandenburger SPD für das Ideal des demokratischen Sozialismus zu wirken, sowie politische Aufklärung besonders unter den JungwählerInnen im Sinne der Sozialdemokratie zu betreiben.

#### **Antragsbegründung**

Unter § 1 (1) und (2) ist zwar das Tätigkeitsgebiet der Jusos Brandenburg genannt, aber nicht derer Aufgaben. Um als Mitglied, Unterbezirk, Landesverband aber vor allem Jugendlicher zu wissen welche politischen Ziele man erreichen möchte, sollte diese Frage in einem Absatz (3) unter § 1 der Richtlinie der Jusos Brandenburg geklärt werden, analog zur Richtlinie des Juso Bundesverbandes.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**O 4**            *angenommen*

**Antragsteller: Uckermark**

### **Rotierende LaVo- Sitzungen**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

dass jährlich 1 bis 2 Sitzungen des Landesvorstandes in der Fläche des Bundeslandes Brandenburg stattfinden mögen. Diese Sitzungen können aus Nachhaltigkeits- und Öffentlichkeitsarbeitsgründen und mit Veranstaltungen verknüpft werden.

Antragsbegründung:

Wenn die Sitzungen des LaVo, innerhalb Brandenburgs rotieren, verteilen sich die Fahrkosten gleichmäßiger. Weiterhin sind wir der Auffassung, dass ein Landesvorstand im Gesamten Land Präsenz zeigen soll. Dieses Verfahren funktioniert auch in anderen SPD Gremien (z.B. Schwusos Brandenburg) und auch in Gremien anderer Organisationen (Ausschüsse der IGBCE).

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**O 5**            *abgelehnt*  
**Antragsteller: Uckermark**

### **LaVo-Sitzungen via Internetkonferenz**

*Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:*

Der Landesvorstand der Jusos Brandenburg erarbeitet zur nächsten LDK ein Konzept zur Erhöhung der Transparenz und zur Verbesserung der interkommunalen Arbeitsfähigkeit. Dazu sind die Möglichkeiten moderner Kommunikation und Technik zu nutzen, wie es von einem fortschrittlichen Jugendverband im 21. Jahrhundert zu erwarten ist. Hierbei wird sich orientiert an Liquid Feedback, sowie Adhocrazy der Internet-Enquete Kommission.

*Antragsbegründung:*

Die besonderen Probleme von Flächenländern können durch Nutzung dieser Technologien zum Teil aufgehoben werden, so in den Fällen der Teilnahme an LaVo, mit intuitiveren Zugriff auf Dokumente der Landesarbeit - beispielsweise LaVo, Landesarbeitskreise und Landesausschuss -, sowie allgemein verbesserte Teilhabe im Rahmen der Landesverbandsarbeit. Selbstverständlich dienen die Maßnahmen als Ergänzung der bestehenden Vernetzung und soll sie nicht ersetzen. Im Bewusstsein der Inklusion könnte hiermit auch die Mobilitätsproblematik - in Bahn und ÖPNV - abgemildert werden.

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

<h1>Umwelt &amp; Energie</h1>
-------------------------------

U 1	Höhere Energieeffizienz schaffen	LDS
U 2	Erneuerbare Energien stärken	LDS
U 3	Kosten und Risiken der CO2-Abscheidung und -Speicherung müssen in der Verantwortung der Energiekonzernen verbleiben!	LOS
U 4	Verbot von Plastik-Einkaufstüten	OPR
U 5	Änderung EEG - Subvention	OPR
U 6	Subventionserhaltung von erneuerbaren Energien bekräftigen und am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten	OPR

30

4

## Höhere Energieeffizienz schaffen

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8 Der Landesparteitag möge beschließen:

Wir fordern die Landesregierung sowie die Jusos Brandenburg auf, sich für bessere  
10 Energieeffizienz und Energieeinsparungen auf Landes- und Kommunal-Ebene einzusetzen. Dies kann zum Beispiel erfolgen durch:

12

- Maßnahmen zur besseren Energienutzung in Verwaltungen und Gebäuden der  
14 öffentlichen Hand. Möglichkeiten dafür können von Gebäudeoptimierungen über Verhaltensanpassungen bis hin zum Investitionsplan für einen energieeffizienten öffentlichen Fuhrpark reichen. Für Neubauten sollten nach Möglichkeit ehrgeizige und beispielhafte Zielstellungen in Bezug auf ihre Energieeffizienz gelten.  
16 Öffentliche Anstrengungen zur Energieeinsparung können oft auch mit Vorbildwirkung kommuniziert werden.

20

- Regionale Energieeffizienzkonzepte, in denen sich Landkreise oder Kommunen  
22 Ziele für eine höhere Energieeffizienz setzen.

24

- Die Schaffung von Informationsangeboten zum Thema Energieeinsparung.

26

- Die besondere Einbeziehung von Schulen. Schulen gehören oft zu den  
28 öffentlichen Gebäuden, die am meisten Energie verbrauchen. Außerdem können Schüler über entsprechende Unterrichtsinhalte und Projekte ein besonderes Verständnis für die Energieproblematik entwickeln. Erfolgreich sind hierbei zum  
30 Beispiel Konzepte wie das 50/50 Programm, bei dem Schulen 50 Prozent der eingesparten Energiekosten zur eigenen Verfügung erhalten.

32

### Antragsbegründung:

34 Energie ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Ihre Gewinnung hat aber immer noch oft eine große klima- und umweltschädliche Wirkung. Darüber hinaus ist Energienutzung  
36 oft kostenintensiv und könnte in der Zukunft noch deutlich teurer werden. Deshalb ist eine Steigerung der allgemeinen Energieeffizienz sowohl ökonomisch als auch ökologisch  
38 sinnvoll.

2

**U 2**                    *angenommen*

4

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

6

## **Erneuerbare Energien stärken**

8

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen,

der Landesparteitag möge beschließen:

10

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion, die Landesregierung und die Jusos Brandenburg auf, sich für die weitere Stärkung der Erneuerbaren Energien auf Bundes-, Landes- und Kommunal-Ebene einzusetzen. Dies kann unter anderem erfolgen durch:

14

- Die Schaffung oder Unterstützung von breiten Informationsangeboten zum Thema Erneuerbare Energien. Diese können von Projekten an Schulen bis hin zu unabhängigen Beratungsmöglichkeiten für potentielle private Kleininvestoren, die zum Beispiel eine Solaranlage auf ihrem Haus bauen möchten, reichen.

16

- Den Aufbau weiterer Anlagen zur regenerativen Energiegewinnung. Dieser kann unter anderem durch Anreizprogramme, Nutzung kommunaler Gebäude zur Energiegewinnung oder die Begleitung und Unterstützung größerer privater Investitionsvorhaben gefördert werden. Wichtig sind gerade bei größeren Projekten stets die Einbeziehung der Anwohner und die Berücksichtigung ihrer Interessen. Außerdem sollte bei dem Bau größerer Anlagen zur erneuerbaren Energiegewinnung auf Möglichkeiten zur auch finanziellen Beteiligung der anwohnenden Bürger gedrängt werden. Energiegewinnung in Bürgerhand ist ein wichtiger Schritt auf dem Weg zu einer dezentralen Energieversorgung ohne Monopole und kann gerade ländlichen Regionen eine wirtschaftliche Perspektive bieten.

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

- Die Entwicklung und Förderung von Projekten zum Netzausbau, zum Beispiel mit Hilfe neuer Stromspeicheranlagen. Strategisches Ziel sollte die Vollversorgung Brandenburgs mit Strom aus Erneuerbaren Energiequellen sein.

- Die Förderung und Vernetzung von Forschungseinrichtungen und Firmen, die im Bereich der Erneuerbaren Energien tätig sind. Brandenburg hat die Chance, zum

2 führenden Bundesland bei der Produktion von Anlagen und Technologien zur  
regenerativen Energiegewinnung zu werden. Diese Chance sollte auch aufgrund  
4 ihres ökonomischen Potentials genutzt werden.

6 - Die weitere nachhaltige und bundesweite Förderung der Erneuerbaren Energien  
durch den Staat und den schnellstmöglichen Ausstieg aus der Atomenergie.

8 Antragsbegründung:

10 Die Erneuerbaren Energien sind für den Klima- und Umweltschutz unverzichtbar. Durch  
ihre Nutzung kann der CO<sub>2</sub>-Ausstoß massiv gesenkt werden. Gleichzeitig bedeuten sie  
auch ein großes wirtschaftliches Potential für unser Bundesland. Sonnen- und  
12 Windkraftwerke können ländlichen Regionen eine Perspektive, ihre Entwicklung und  
Produktion zukünftigen Generationen Arbeitsplätze geben. Wichtig dafür ist auch ein  
14 Umfeld, das Erneuerbare Energien kennt und annimmt.

Strom aus Atomkraft bildet dagegen noch immer eine zu große Konkurrenz für die  
16 Erneuerbaren Energien und hemmt diese nachweislich. Durch die kürzlich erfolgte  
Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke wurden viele potentielle Investoren im Bereich  
18 der Erneuerbaren Energien abgeschreckt. Auch die Frage der Endlagerung des  
„Atommülls“ ist offen.

20 Die Atomunfälle in Japan haben darüber hinaus deutlich gezeigt, dass auch in  
hochmodernen Ländern keine absolute Sicherheit beim Betrieb von Atomkraftwerken  
22 garantiert werden kann. Da aber die Folgen einer Katastrophe unvorstellbare Ausmaße  
annehmen können, darf auch ein kleines Restrisiko nicht in Kauf genommen werden.

24 Bei weiterer Erforschung und Förderung der Erneuerbaren Energien können diese schon  
in wenigen Jahren genügend Strom zu wettbewerbsfähigen Preisen produzieren, um die  
26 Abschaltung sämtlicher Atomkraftwerke und vieler konventioneller Kraftwerke zu  
kompensieren. Dieser Weg der umweltfreundlichen und regionalen Energieversorgung  
28 muss mit aller Entschlossenheit begangen werden.

30

32

34

36

38

4

**Kosten und Risiken der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Speicherung müssen in der  
6 Verantwortung der Energiekonzernen verbleiben!**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Die Steuerzahler sollen nicht (wie es bei Atomendlagerung der Fall ist) für die Ewigkosten  
der CO<sub>2</sub>-Speicherung aufkommen müssen.

12 Die aktuelle Lage sieht vor, dass der jeweilige Energiekonzern die Lagerstätten 30 Jahre  
nach Stilllegung an die Länder übergibt und dieser somit das Haftungsrisiko und die  
14 Instandhaltungskosten trägt.

Die Kosten sollten nicht auf die Steuergelder umgewälzt werden, sondern bei den  
16 Betreibern und Nutzern verbleiben.

Der Juso-Landesverband wird aufgefordert, einen entsprechenden Antrag an den SPD-  
18 Landesparteitag einzureichen.

20 Antragsbegründung:

Die SPD ist nicht die Partei der Energielobby.

22 Risiken und Kosten, die aus dem Vorhaben der CO<sub>2</sub>-Abscheidung und -Verpressung  
entstehen, sollen nicht aus der Verantwortung der Konzerne enthoben werden. Vattenfall,  
24 RWE und Co. sollen ein wirtschaftliches Interesse an der Sicherheit der Endlager haben,  
um diese langfristig effizient zu gestalten, sodass ihr Interesse daran nicht mit Abgabe  
26 der Haftungs- und Instandhaltungskosten endet oder nur auf 30 Jahre angelegt ist.

Des Weiteren ist der Steuerzahler, und somit der Bundeshaushalt und die Länderkassen,  
28 nicht mit eventuellen Kosten zu belasten, wie er es bei den Atomendlagern bereits der  
Fall ist, da der allgemeine Steuerzahler keinen Einfluss auf die CO<sub>2</sub>-Deponien nimmt und  
30 somit keine Verantwortung dafür zu übernehmen hat. Das Geld, das von den in der  
Verantwortung stehenden Konzernen durch die Vermeidung des Erwerbs von CO<sub>2</sub>-  
32 Zertifikaten eingespart wird, soll daher primär für Instandhaltung und Haftung eingesetzt  
werden.

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**U 4**            *angenommen*  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

**Verbot von Plastik-Einkaufstüten**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Den SPD Bundestagsabgeordneten der Landesgruppe Brandenburg vorzuschlagen, bei nächster Regierungsmöglichkeit, ein Verbot von Plastik-Einkaufstüten herbeizuführen.

Antragsbegründung:

Plastik-Einkaufstüten haben in der Produktion einen erhebliche CO<sup>2</sup> Emission. Benutzt werden sie meist nur wenige Minuten um das Transportieren von erworbenen Artikeln zu erleichtern. Danach werden sie entweder weggeworfen und verursachen unnötigen Müll oder enden nicht zu selten als Straßenabfall. Nachhaltiger wären hierbei die bereits existierenden Stoffbeutel, welche somit die Plastik- Einkaufstüten verdrängen würden oder andere Alternativen wie die recyclebaren Einkaufstüten.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**U 5**                    *angenommen*  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

### **Änderung EEG - Subvention**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Änderung der Subventionen durch das „Erneuerbare-Energien-Gesetz“ einzusetzen. Dabei sollte insbesondere die Förderung von Energiegewinnung aus Biomasse dahingehend verändert werden, dass der Anteil einer Fruchtart in der Biogasanlage höchstens 50% beträgt.

Antragsbegründung:

Eine eigentlich gut gemeinte Idee ist vollkommen aus dem Ruder gelaufen! Biogasanlagen können Nahrungsrest, Gülle, Stallmist und Fette weiterverwerten und die freigesetzten Gase in Strom umwandeln, doch dazu werden sie kaum genutzt. Rund 90 Prozent der rund 6.000 Anlagen in Deutschland laufen hauptsächlich mit Mais, weil die Erträge aus Mais besonders hoch sind. Durch die Subventionierung von Energie aus Biogasanlagen hat sich der Anbau von Mais zu einer attraktiven Nebeneinnahmequelle für viele Bauern entwickelt. Das führt dazu, dass nahrungsmittelerzeugende Unternehmen einen erheblichen wirtschaftlichen Nachteil haben. So werden beispielsweise in Niedersachsen die Kartoffeln schon knapp und in Bayern die Braugerste. Das wird wiederum zu steigenden Lebensmittelpreisen für den Verbraucher führen, der dann doppelt bezahlt: einmal bei der Stromrechnung über die EEG-Abgabe und zweitens über höhere Lebensmittelpreise.

Des Weiteren führt dieser ausufernde Anbau von Mais zu Monokulturen und den Rückgang der Artenvielfalt. Auch globale Auswirkungen darf man dabei nicht außer Acht lassen. Wenn die ohnehin knapper werdenden Anbauflächen in Deutschland für Energiegewinnung genutzt werden, muss Tierfutter importiert werden. Um es anzubauen, könnte wieder mehr Regenwald abgeholzt werden.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**U 6** zurückgezogen  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

**Subventionserhaltung von erneuerbaren Energien bekräftigen und am Ausstieg aus der Atomenergie festhalten**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

die SPD Bundestagsfraktion aufzufordern, dass erneuerbare Energien in Deutschland weiterhin nachhaltig vom Staat gefördert werden sollen und am Ausstieg aus der Atomenergie festgehalten werden soll.

Antragsbegründung:

Der Strom aus Atomkraft bildet noch immer eine zu große Konkurrenz für neue Entwicklungen und hemmen diese nachweislich.

Auch ist noch immer nicht die Endlagerung des im Volksmund genannten „Atommülls“ abschließend geklärt und gesichert. Selbst wenn dies in naher Zukunft geschehen sollte, birgt dies weiterhin eine Hohe Gefährdung für die Umwelt.

Durch die kürzliche Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke um zum Teil 18 Jahre wurden und werden viele Investoren abgeschreckt, in erneuerbare Energien zu investieren, da nicht gesichert ist, dass diese einmal den Markt in Deutschland dominieren können oder werden.

Wenn die Entwicklung und Forschung auf diesem Gebiet weiter vorangetrieben wird, dann kann der „Neue Strom“ auch schon in absehbarer Zeit kostengünstiger produziert werden und somit auch günstiger angeboten werden.

Darüber hinaus wird durch den Einsatz von erneuerbaren Energien Nachhaltigkeit gesichert und die Umwelt geschont, da hiervon weit weniger bis gar keine Emissionen ausgehen.

2

4

6

8

# Infrastruktur- und Verkehrspolitik

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

V 1	Maßnahmen für einen solidarischen Bahnverkehr	LDS
V 2	Verpflichtung der Deutschen Bahn zu Lärmschutzmaßnahmen	LDS
V 3	Faire Entschädigung für die Nutzer der S-Bahn!	LDS
V 4	Kulturzentren stärken	P
V 5	Einführung einer Mautpflicht für LKW auf Bundesstraßen in Deutschland	OPR
V 6	Einführung einer generellen Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge in Deutschland	OPR
V 7	Fahrverbot für LKWs	UM

30

2 **V 1** *mit Änderungen angenommen*

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

4 **Maßnahmen für einen solidarischen Bahnverkehr**

6 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen,

8 der Landesparteitag möge beschließen:

der Juso-Bundeskongress möge beschließen,

10 der Bundesparteitag möge beschließen:

12 Wir fordern die SPD sowie die entsprechenden Fraktionen auf den Ebenen von  
14 Brandenburg, von Berlin sowie vom Bund auf, sich mit folgenden Maßnahmen zur  
16 Lösung der Probleme der Deutschen Bahn einzusetzen, um in Zukunft einen fairen und  
verlässlichen Schienenverkehr gewährleisten zu können:

- 18 1. Die Deutsche Bahn sowie die S-Bahn Berlin haben bei dauerhaften Nicht-  
Einhalten des Regelfahrplans die Preise der Fahrkarten entsprechend zu senken  
und bis zur Wiederherstellung des Normalbetriebs die Preise nicht zu erhöhen!
- 20 2. Die Deutsche Bahn wird verpflichtet, ab einer Verspätung von 120 Minuten den  
vollen Fahrpreis zurückzuerstatten.
- 22 3. Die Länder behalten bei nicht erbrachten Leistungen durch die Deutsche Bahn/ S-  
Bahn konsequent Teile der entsprechenden Zuschüsse, die für den jeweiligen  
24 Leistungserbringer vorgesehen sind, zurück!
4. Die Einnahmen des Bundes von der Deutschen Bahn werden vollständig in die  
26 Infrastruktur der Bahn reinvestiert.
5. Die Deutsche Bahn wird verpflichtet, die Gewinne, die aus dem Betrieb der S-  
28 Bahn entstehen, unmittelbar in die Infrastruktur des Personenverkehrs zu  
reinvestieren.
- 30 6. Die SPD Brandenburg prüft die Wirtschaftlichkeit einer Zurückführung der S-Bahn  
in die Hand der Länder und ergreift bei positivem Ausgang die notwendigen  
32 Schritte zur Umsetzung.

Antragsbegründung:

34 Die Leistungen der Deutschen Bahn und insbesondere der Berliner S-Bahn entsprechen  
seit Monaten nicht mehr dem regulären Standart. Wir wollen, dass in Zukunft wieder ein  
36 zuverlässiger Personenverkehr durch die Deutsche Bahn gewährleistet werden kann.

2 Dazu müssen massive Investitionen in die Infrastruktur (Netz, Bahnen etc.) getätigt  
werden. Auch muss die Deutsche Bahn lernen, dass es nicht ihrem Auftrag entspricht,  
4 möglichst viel Gewinn einzufahren und dafür diese Investitionen zu vernachlässigen.  
Deswegen müssen Maßnahmen ergriffen werden, die Gewinn nur ermöglichen, wenn der  
6 Schienenverkehr angemessen läuft.

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2 **V 2** *mit Änderungen angenommen*

**Antragsteller: Dahme-Spreewald**

4

## **Verpflichtung der Deutschen Bahn zu Lärmschutzmaßnahmen**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen,

8

der Landesparteitag der SPD Brandenburg möge beschließen,

der Bundeskongress der Jusos möge beschließen:

10

Die Deutsche Bahn soll zukünftig grundsätzlich bei allen Baumaßnahmen im Streckennetz zum Einbau von Lärmschutzmaßnahmen in geschlossenen Ortschaften verpflichtet werden.

14

Antragsbegründung:

16

Um Gesundheitsschädigungen durch Bahnlärm vorzubeugen, sollte die Deutsche Bahn ihrer Verantwortung gerecht werden und für die nötigen Maßnahmen sorgen. Dazu soll die Bahn auch bei Arbeiten im Bestandsbereich, bei Modernisierungen für den nötigen Lärmschutz sorgen, bisher ist die Deutsche Bahn nur bei Neubaustrecken zur Schaffung von Lärmschutzmaßnahmen verpflichtet und dann auch nur, wenn dies im Planfeststellungsbeschluss festgeschrieben wurde.

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

<b>V 3</b> <i>angenommen</i> <b>Antragsteller: Dahme-Spreewald</b>
---

**Faire Entschädigung für die Nutzer der S-Bahn!**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD Brandenburg und die SPD Berlin auf, sich für eine faire Entschädigung für das Chaos bei der S-Bahn Berlin einzusetzen. Dies bedeutet:

1. Einzelfahrscheine müssen an einer angemessenen Zahl von Wochenenden weiterhin als Tageskarten gelten. Diese Zahl muss höher liegen, als die für das vergangene Jahr veranschlagte.
2. Die Stammkunden und Semesterticket-Inhaber müssen mit einer im Vergleich zur Entschädigung für den letzten Winter deutlich höheren Summe entschädigt werden. Das bisherige Angebot der Berliner S-Bahn wird in diesem Zuge öffentlich als unangemessen abgelehnt.

Die Jusos Brandenburg setzen sich öffentlich für diese Ziele ein.

Antragsbegründung:

Die S-Bahn Berlin hat auch in diesem Winter ihren desolaten Zustand demonstriert. Nach dem vergangenen Winter auch keinerlei intensiven Anstrengungen deutlich, die katastrophale Situation der Bahnen und Netze stark zu verbessern. In diesem Winter führten die Mängel nicht nur zu unzähligen Zugausfällen und –verspätungen, sondern auch zur systematischen Einschränkung des S-Bahn-Verkehrs auf 60 km/h. Dennoch steigen sowohl die Einzelfahrscheinpreise als auch die Preise der Jahres- und Semestertickets weiter. Dies ist inakzeptabel: Für eine nicht angemessen erbrachte Leistung müssen entsprechende Entschädigungen gezahlt werden.

4

## **Kulturzentren stärken**

6

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Wir fordern die SPD- Landtagsfraktion dazu auf, sich für den Erhalt und die Reaktivierung  
10 ländlicher Kulturzentren einzusetzen. Dabei sollen deren personelle Bedürfnisse – z.B.  
durch den „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektors“- sowie infrastrukturelle und  
12 bauliche Ansprüche an Projekte bzw. Kulturhäuser im Blickpunkt stehen.

### 14 Antragsbegründung:

Die ländlichen Gebiete Brandenburgs haben seit Jahren mit einer zunehmenden  
16 Landflucht zu kämpfen. Im Ergebnis dieser Ausdünnung und demographischen  
Entwicklung kommen den Landkreisen fern der Ballungszentren Potsdam, Frankfurt,  
18 Cottbus und Brandenburg immer weniger Mittel zur Ausgestaltung eines kulturellen  
Lebens zu.

20 So ist es zu bemerken, dass gut erhaltene Kulturzentren, welche zu Zeiten der  
ehemaligen DDR erbaut und genutzt wurden, nach und nach verfallen.

22

Die Vorteile bzw. der Nutzen von gemeinnützigen Kulturzentren steht außer Diskussion.  
24 So sind sie nicht nur ein guter Weg, um dem wachsenden Rechtsradikalismus  
entgegenzutreten, sondern gestalten das Leben von Jugendlichen im ländlichen Raum  
26 interessanter und abwechslungsreicher. Darüber hinaus bieten sie auch  
generationsübergreifend die Möglichkeit unseren älteren Mitbürgern attraktive Angebote  
28 zu machen.

30 Durch die Notwendigkeit, dass sich auch soziale Einrichtungen in welcher Art auch immer  
finanziell rechnen müssen, schlossen nach der Wiedervereinigung '90 vieler dieser  
32 Kulturzentren. Niemand wird bestreiten, dass sich Kulturarbeit niemals finanziell rechnen  
oder amortisieren lassen wird – ja nicht einmal in Euro messen lassen kann. Somit  
34 besteht selbstredend die Notwendigkeit solche Häuser zum Großteil steuerfinanziert zu  
betreiben.

36

Eine Möglichkeit dies durch die Landesregierung zu forcieren, wären ausgeschriebene  
38 langfristige Projekte, welche die Reaktivierung inaktiver bzw. fortwährende Betreuung  
bereits bestehender Kulturzentren finanziell unterstützen.

2

Weiter entspricht dieses Bestreben genau den Anstrengungen der Landesregierung, festgeschrieben im Koalitionsvertrag, den „Öffentlich geförderten Beschäftigungssektor“ stark, unkompliziert und pragmatisch auszubauen und neue Arbeitsplätze bzw. Beschäftigungsperspektiven zu generieren. Die eventuelle Verbindung dieser beiden Mittel und das aktive Bestreben der Landesregierung würden vielen Kulturhäusern eine Möglichkeit zur Reaktivierung eröffnen, sie wieder mit Leben füllen und für die da sein, für die sich einst gebaut wurden – unseren Mitbürgern.

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

6 **Einführung einer Mautpflicht für LKW auf allen deutschen Straßen**

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Die Bundestagsfraktion der SPD wird aufgefordert, sich für eine Mautpflicht für LKW auf  
Deutschlands Landes- und Bundesstraßen einzusetzen. Ein Vignettensystem wird  
wohlwollend geprüft.

12 Antragsbegründung:

14 Der Waren- und Gütertransport per LKW auf Deutschlands Straßen nimmt seit jeher  
immer weiter zu.

16 Seitdem die Mautpflicht auf den Autobahnen in Deutschland eingeführt wurde, ist ein  
verstärkter LKW-Fernverkehr auf den Bundesstraßen zu beobachten.

18 Man unterstelle hier den Fakt, dass die Zahlung der Maut dadurch vielfach umgangen  
werden soll, insbesondere durch ausländische LKWs.

20 Es stellt sich begründet die Frage, warum LKWs aus z.B. Hamburg kommend, auf Ihrem  
Weg in das östliche Ausland (Polen, Tschechien etc.) nicht die Autobahnen nutzen,  
sondern eher auf die Bundesstraßen zurückgreifen, obwohl hierüber der  
zurückzulegende Weg länger ist und auch die benötigte Fahrzeit viel höher ist, denn an  
den Bundesstraßen liegen unzählige Ortschaften und es existieren unzählige Ampeln, an  
welchen dementsprechend oft angehalten werden muss.

26 Da die meisten Bundesstraßen für ein so hohes Verkehrsaufkommen nicht ausgelegt  
sind, soll mit der eingenommenen Maut vor allem die Ausbesserung des  
Fahrbahnbelages, der Ausbau wichtiger Transitstrecken sowie der Neubau von Straßen  
gesichert werden.

30 Dadurch, dass die LKW wieder vermehrt auf den Autobahnen unterwegs sind, wird durch  
die Unternehmen eine erhebliche Menge an Kraftstoff eingespart, da die Wege kürzer  
und direkter sind, somit also auch die Umwelt geschont.

32 Nebenbei können durch die eingesparte Zeit die Kunden schneller und auch  
zuverlässiger beliefert werden, das Unfallrisiko auf den Bundesstraßen sinkt und die  
34 Haltbarkeit der Bundesstraßen wird durch die zu erwartende Verkehrsminderung wieder  
deutlich erhöht.

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**V 6**                    *angenommen*  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

**Einführung einer generellen Tagfahrlichtpflicht für alle Kraftfahrzeuge in Deutschland**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

dass es zur Pflicht für jeden Kraftfahrzeugführer in Deutschland wird, auch am Tage mit eingeschaltetem Abblendlicht oder mit speziell hierfür vorgesehenen Tagfahrleuchten zu fahren.

Ein Verstoß gegen diese Regelung soll als Tatbestand im Bußgeldkatalog der StVO aufgenommen werden und als Ordnungswidrigkeit mit meinem Verwarngeld geahndet werden.

Antragsbegründung:

Bereits seit vielen Jahren besteht in Deutschland die Pflicht, dass Motorräder auch am hellen Tage, also bei guten Lichtverhältnissen, mit eingeschaltetem Licht fahren müssen, um die Sicherheit im Straßenverkehr zu erhöhen. Motorräder kann man schnell übersehen.

Aber auch PKW und LKW sind gerade auf Alleenstrecken, wie man sie insbesondere im Land Brandenburg vorfindet, auch bei eigentlich guten Lichtverhältnissen und guten Wetterverhältnissen oft nur schlecht zu erkennen bzw. man sieht sie oft zu spät, wenn zum Beispiel ein Überholvorgang eingeleitet werden soll oder ein Abbiegevorgang etc. Auch ist unumstritten erwiesen, dass ein großer Teil der Unfälle in Deutschland durch nicht sehen und nicht gesehen werden passieren.

Um also die Sicherheit auf Deutschlands Straßen weiter auszubauen und die Unfallstatistiken weiter zum positiven zu lenken, ist eine Tagfahrlichtpflicht unumgänglich. Viele Europäische Staaten, beispielsweise Dänemark, haben eine solche Pflicht bereits eingeführt und es haben sich dort dadurch positive Entwicklungen hinsichtlich der Verkehrssicherheit ergeben.

Deshalb muss es auch in Deutschland eine Pflicht zum Fahren mit Licht am Tag geben.

2 **V 7** *mit Änderungen angenommen*

**Antragsteller: Uckermark**

4

### **Fahrverbot für LKWs**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Die Jusos Brandenburg, fordern, die SPD geführte Landesregierung auf, in der Zeit  
10 zwischen 22 Uhr und 6 Uhr eine generelle Geschwindigkeitsbegrenzung für LKW auf 30  
Kilometer pro Stunde für LKW innerhalb geschlossener Ortschaften einzuführen.

12

Antragsbegründung:

14 Dieses Fahrverbot soll für nächtliche Ruhe in Ortschaften, die zum Beispiel als  
Mautausweichstrecken von Brummis genutzt werden, sorgen.

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

<h2 style="margin: 0;">Wirtschaft, Arbeitsmarkt und Tarif</h2>
--

W 1	Für eine Integration aller Hochschulbeschäftigten in Tarifverträge – gegen tariffreie Zonen und unsichere Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen	EE, HSG P, P
W 2	Für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte	EE, HSG P, P
W 3	Für einen eigenen Personalrat für studentische Beschäftigte	EE, HSG P, P
W 4	Schluss mit Sonderregelungen! Einheitliches Arbeits- und Sozialrecht für alle!	P
W 5	Leiharbeit – solidarische Grundregeln	SPN, OPR
W 6	Unbezahlte Probearbeit als Schwarzarbeit verfolgen	SPN, OPR
W 7	Aufenthaltsgesetz - Arbeitstage	OPR

28

2 **W 1** *angenommen*

**Antragsteller: Elbe-Elster, HSG Potsdam, Potsdam**

4  
6 **Für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und eine Integration  
8 aller Hochschulbeschäftigten in Tarifverträge – gegen tariffreie Zonen und  
10 unsichere Beschäftigungsverhältnisse an Hochschulen**

12 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

14 1.) Die Jusos Brandenburg bekräftigen den arbeitsmarktpolitischen Anspruch, dass es  
16 keine tariffreien Zonen im öffentlichen Dienst geben darf und dass grundlegende  
18 Arbeitsbedingungen, wie die Gestaltung von Vergütung, Arbeitszeiten,  
20 Urlaubsansprüchen und Vertragsdauer, in einem fairen Interessenausgleich zwischen der  
22 Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite auszuhandeln sind.

24 2.) Die Jusos Brandenburg setzen sich zusammen mit den Gewerkschaften dafür ein,  
26 dass der Geltungsbereich des Tarifvertrages der Länder (TV-L) bzw. entsprechende mit  
28 den DGB-Gewerkschaften ausgehandelte Tarifverträge alle Beschäftigten an  
30 Hochschulen umfassen. Insbesondere sind Lehrkräfte an Kunst- und Musikhochschulen,  
32 so genannte „wissenschaftliche Hilfskräfte“ und studentische Beschäftigte in den  
34 Geltungsbereich einzubeziehen. Dabei gilt der Leitsatz: „Gleiches Geld für gleiche  
36 Arbeit.“

38 3.) Die Jusos Brandenburg setzen sich zusammen mit den Gewerkschaften für einen  
40 Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und so genannte „wissenschaftliche Hilfskräfte“  
42 an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein, wobei sich mindestens an den  
44 Regelungen im Land Berlin zu orientieren ist. Die Landesregierung und die SPD-  
46 Landtagsfraktion werden aufgefordert, zunächst eine landesweite Tarifregelung mit den  
48 Gewerkschaften noch in der laufenden Legislaturperiode der rot-roten Regierung  
50 anzustreben und abzuschließen.

52 4.) Die Jusos Brandenburg fordern, die Befristungswillkür im akademischen Mittelbau  
54 durch eine Stabilisierung der Beschäftigungsverhältnisse mittels mehr unbefristeter  
56 Arbeitsverhältnisse für Daueraufgaben zu überwinden.

58 5.) Die Jusos Brandenburg setzen sich innerhalb der Gremien der SPD nachdrücklich in  
60 diesem Sinne ein und fordern ggf. gesetzliche Änderungen ein.

2 Antragsbegründung:

Wer den Flächentarifvertrag im Wirtschaftsleben stärken und tariffreie Zustände beheben  
4 will, muss auch im eigenen Regelungsbereich des öffentlichen Dienstes schrittweise  
tariffreie Zustände beheben. Das ist nicht nur eine sozialpolitische Frage, sondern auch  
6 eine Frage der glaubwürdigen Vorbildfunktion. Vgl. Entwurf für ein SPD-  
Fortschrittsprogramm 2011, S. 32.

8

In den Tarifaueinandersetzungen 2009 gelang es, die Arbeitgeberseite, d. h. die  
10 Tarifgemeinschaft der Länder (TdL), die von den Landesregierungen gestellt wird, darauf  
festzulegen, endlich Gespräche über die Ausweitung des Geltungsbereiches des  
12 Tarifvertrages der Länder (TV-L) auf sog. „wissenschaftliche Hilfskräfte“ und studentische  
Beschäftigte zu führen. Es wurde zwar gesprochen, aber die TdL erteilte dem  
14 sozialpolitischen Ziel weiterhin eine Absage, sodass keine Verhandlungen daraus  
erwachsen. In den Tarifaueinandersetzungen 2011 wurde das leider wieder nicht  
16 verhandelt.

18 Es wird auf den von der Juso-HSG Potsdam erarbeiteten Antrag verwiesen, der von den  
Jusos Brandenburg im SPD-Landesvorstand Anfang Mai 2009 eingebracht und  
20 verabschiedet wurde. Er beinhaltete die Inklusion der studentischen Beschäftigten und so  
genannten „wissenschaftliche Hilfskräfte“ in den TV-L. Um jedoch konkret  
22 Verbesserungen zu erzielen und nicht nur auf weiterhin fehlende Mehrheiten in der TdL  
zu verweisen, sollte es das Ziel sein, als Land Brandenburg eigenständig sozial zu  
24 handeln und einen landesweiten Tarifvertrag für studentische Beschäftigte anzustreben.

26 Rot-Rot hat sich auch auf Druck der auf diesem Feld konsequent engagierten Juso-HSG  
Potsdam in ihrem Koalitionsvertrag eben dazu bekannt, einen Tarifvertrag für  
28 studentische Beschäftigte zu unterstützen.

30 Mehr unbefristete Arbeitsverhältnisse für Daueraufgaben in der grundständigen  
Hochschullehre und damit höhere soziale Sicherheit schaffen dem wissenschaftlichen  
32 Nachwuchs berechenbare berufliche Perspektiven, sorgen für bessere Qualität von  
Forschung und Lehre und erhöhen die Attraktivität des Arbeitsplatzes Hochschule für  
34 qualifizierte Fachkräfte. Gute Beschäftigungsbedingungen und gute Studienbedingungen  
sind zwei Seiten ein und derselben Medaille.

36

Bearbeitungsvermerke:

38

*Neuformulierung und Zusammenschluss mit W2 durch Antragsteller*

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**W 2** zurückgezogen  
**Antragsteller: Elbe-Elster, HSG Potsdam, Potsdam**

## **Für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte**

### Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg setzen sich zusammen mit den Gewerkschaften für einen Tarifvertrag für studentische Beschäftigte und so genannte „wissenschaftliche Hilfskräfte“ an Hochschulen und Forschungseinrichtungen ein, wobei sich mindestens an den Regelungen im Land Berlin zu orientieren ist. Angesichts schwieriger bundesweiter Aussichten sollte zunächst eine landesweite Tarifregelung mit den Gewerkschaften noch in der laufenden Legislatur der rot-roten Regierung ausgehandelt und abgeschlossen werden.

### Antragsbegründung:

In den Tarifaueinandersetzungen 2009 gelang es, die Arbeitgeberseite, d. h. die Tarifgemeinschaft der Länder, die von den Landesregierungen gestellt wird, darauf festzulegen, endlich Gespräche über die Ausweitung des Geltungsbereiches des Tarifvertrages der Länder (TV-L) auf sog. „wissenschaftliche Hilfskräfte“ und studentische Beschäftigte zu führen. Verhandlungen erwachsen daraus bisher leider nicht.

Rot-Rot hat sich auch auf Druck der auf diesem Feld engagierten Juso-HSG Potsdam dazu im Koalitionsvertrag bekannt, einen Tarifvertrag zu unterstützen.

Des Weiteren wird auf den von der Juso-HSG Potsdam erarbeiteten Antrag verwiesen, der im SPD-Landesvorstand Anfang Mai 2009 verabschiedet wurde und die Inklusion der studentischen Beschäftigten und so genannten „wissenschaftliche Hilfskräfte“ in den TV-L beinhaltet. Um jedoch konkret Verbesserungen zu erzielen und nicht nur auf fehlende Mehrheiten in der Tarifgemeinschaft der Länder zu verweisen, erscheint es sinnvoll, als Land Brandenburg eigenständig zu handeln und einen landesweiten Tarifvertrag anzustreben.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**W 3 NEU**     *angenommen*  
**Antragsteller: Elbe-Elster, HSG Potsdam, Potsdam**

**Für einen eigenen Personalrat für studentische Beschäftigte**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Jusos Brandenburg setzen sich im Rahmen der im rot-roten Koalitionsvertrag vereinbarten Novellierung des Landespersonalvertretungsgesetzes nachdrücklich dafür ein, einen eigenständigen Personalrat für studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen zu ermöglichen, wobei sich mindestens an den Regelungen im Land Berlin zu orientieren ist.

Antragsbegründung:

Studentische Beschäftigte an Hochschulen und Forschungseinrichtungen haben in Brandenburg aktuell keinerlei personalrechtliche Vertretung. Die Schaffung personalrechtlicher Vertretung und Mitbestimmungsmöglichkeiten werden außerhalb der Hochschule im „SPD-Fortschrittsprogramm“ aber angemahnt. Dies gilt es auch im Hochschulbereich für die studentischen Beschäftigten umzusetzen, die nicht weiter Arbeitnehmer/innen zweiter Klasse sein sollten. Das liegt allein im Regelungsbereich der Landesgesetzgebung.

Neben Brandenburg gibt es auch andere Bundesländer, die studentische Beschäftigte von der Personalvertretung ausnehmen. Viele Bundesländer ermöglichen eine Personalvertretung für studentische Beschäftigte, doch ist sie ganz unterschiedlich geregelt. Die weitestgehende Regelung besitzt das Land Berlin, das einen eigenständigen Personalrat ermöglicht. Dem kommt daher Vorbildcharakter zu. Im Kontext einer angestrebten Wissenschaftsregion Berlin-Brandenburg sollte sich das Land Brandenburg an dieser Berliner Regelung orientieren und nicht dahinter zurückstehen.

4

**Schluss mit Sonderregelungen! Einheitliches Arbeits- und Sozialrecht für alle!**

6

8 Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

10 Wir fordern die SPD Bundestagsfraktion auf, sich für Änderungen im kirchlichen Arbeits-  
und Sozialrecht einzusetzen, sodass Sonderregelungen, die unter anderem auch  
12 Lohndumping im Sozialbereich ermöglichen, abgeschafft werden. Wir fordern ein  
einheitliches Arbeits- und Sozialrecht für alle Beschäftigten. Verschlechterungen in  
14 einzelnen Bereichen sind auszuschließen.

16 Antragsbegründung:

Gerade in sozialen Einrichtungen, wie Kitas und Pflegeheimen, kommt es immer wieder  
18 zu massivem Lohndumping. Ermöglicht wird dies durch Sonderregelungen,  
beispielsweise im kirchlichen Arbeits- und Sozialrecht. Dadurch kommt es gerade bei  
20 freien Trägern immer wieder vor, dass deren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter  
gleichen Arbeitsbedingungen deutlich weniger verdienen als bei Einrichtungen anderer  
22 Träger. Hier gilt es gleiche Voraussetzungen zu schaffen und Dumpinglöhnen durch  
Sondertarifregelungen einen Riegel vorzuschieben. Freie Träger im sozialen Bereich  
24 dienen der Vielfalt in der Angebotsstruktur. Ihnen Sonderkonditionen durch schlechtere  
Bezahlung ihrer Mitarbeiter zu ermöglichen, beschränkt den angestrebten Wettbewerb  
26 und spricht dem sozialen Anspruch ebenjener Träger Hohn. Ähnliches gilt für  
kommunale Einrichtungen, bei denen ebenfalls in den letzten Jahren eine verstärkte  
28 Tendenz zur Schaffung atypischer Arbeitsverhältnisse zu verzeichnen ist.

30

32

34

36

38

2

**W 5** *angenommen*

**Antragsteller: Spree-Neiße, Ostprignitz-Ruppin**

4

## **Leiharbeit – solidarische Grundregeln**

6

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

8

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-geführte Landesregierung auf über den Bundesrat eine Gesetzesinitiative zur Änderung der Grundbedingungen in der Leiharbeit über das AÜG anzuschieben.

10

12

Die Jusos Brandenburg fordern dazu, dass Leiharbeit zukünftig deutlich teurer sein muss als vergleichbare Arbeit festangestellter MitarbeiterInnen des Entleihers. Dafür wird ein zehnprozentiger Sozialversicherungsaufschlag auf das Gesamtbrutto (inkl. Arbeitgeberanteil) des/der zu verleihenden MitarbeiterInnen vom Entleiher erhoben. Somit wird das erhöhte Risiko der Arbeitslosigkeit in der Leiharbeit berücksichtigt.

14

16

Weiterhin fordern die Jusos Brandenburg, dass die LeiharbeiterInnen nicht ausschließlich dem Tarifvertrag der Leiharbeitsfirma unterliegen, wenn im entleihenden Unternehmen ein Flächentarifvertrag Anwendung findet und somit das "Gleiche Arbeit-gleicher Lohn (equal pay)"-Prinzip nicht mehr durch Haustarifverträge der Leih- und Zeitarbeitsfirmen ausgehebelt werden kann.

18

20

22

Antragsbegründung:

24

Knapp eine Million Menschen sind in Deutschland in der Leiharbeit beschäftigt. In immer mehr Branchen wird Leiharbeit seit einigen Jahren jedoch zunehmend zu Tariffucht und Lohndrückerei missbraucht. So gründen Discounter, Großindustrie aber auch Krankenhäuser eigene Verleihfirmen um bisheriges Stammpersonal in diese Firmen auszugliedern und dieses dann günstiger wieder zu entleihen. Die Angestellten verrichten also die gleiche Arbeit für deutlich weniger Geld.

26

28

30

Leiharbeit gibt es bereits seit 1972, geregelt wird sie im Arbeitnehmerüberlassungsgesetz (AÜG). Grundlegend verändert wurde das AÜG mit dem ersten Gesetz für moderne Dienstleistungen am Arbeitsmarkt im Jahr 2003 (Hartz I). Seitdem hat sich der Einsatz von Leiharbeit massiv ausgeweitet.

32

34

Leiharbeit, also das „ausleihen“ von Arbeitskraft muss zukünftig gesamtgesellschaftlich wie der Umgang mit dem Verleih anderer Konsum- oder Produktionsgüter verstanden werden. Wer für die Produktion oder andere gewerbliche Tätigkeiten in Spitzenzeiten zusätzliches Personal benötigt, soll sich dieses entleihen können. Dafür muss er aber entsprechende Zusatzkosten aufbringen. Perspektivisch muss es für den/die

36

38

2 UnternehmerIn günstiger sein ein Leiharbeitsverhältnis in ein festes AV zu verwandeln,  
statt über längere Zeiträume immer wieder Leiharbeit einzusetzen.

4 LeiharbeiterInnen sind ein besonderes Risikoklientel für die Sozialversicherungssysteme  
insbesondere die Arbeitslosenversicherung. LeiharbeiterInnen waren im Jahr 2008  
6 mit die Ersten, die im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise entlassen wurden. VW  
entließ beispielsweise gleich 16.500 LeiharbeiterInnen. Insgesamt verloren in der Krise  
8 rund 300.000 LeiharbeiterInnen ihre Anstellung. Diese ökonomischen Belastungen sollen  
durch einen zehnpromtigen Aufschlag auf das Gesamtbrutto inkl. Arbeitgeberanteil und  
10 deren Abführung in die Sozialkassen aufgelöst werden.

Weiterhin soll das heute häufig durch Haustarifverträge der Leiharbeitsfirmen umgangene  
12 "Gleiche Arbeit-gleicher Lohn (equal pay)" Prinzip durch einen Verweis auf bestehende  
Tarifverträge in den entleihenden Unternehmen wieder gewährleistet werden. Somit  
14 würde der/die VW-LeiharbeiterIn dann nicht den Tarif der Zeitarbeitsfirma bekommen,  
sondern den Tarif des entleihenden Unternehmens (also VW). Diese Kopplung an  
16 bestehende Tarifverträge beim Entleiher sollte dabei sofort mit Eintritt ins Unternehmen  
analog eines Arbeitnehmers der Stammebelegschaft erfolgen.

18

20

22

24

26

28

30

32

34

36

38

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**Unbezahlte Probearbeit als Schwarzarbeit verfolgen**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert die SPD-geführte Landesregierung auf die im Land zunehmend praktizierte unentgeltliche Probearbeit vor Ausbildungs- oder Anstellungsverhältnissen über das Ministerium für Arbeit, Soziales, Frauen und Familie unter Hinzuziehung der zuständigen Bundesbehörden (Agentur für Arbeit, Zoll) als Schwarzarbeit zu verfolgen.

Antragsbegründung:

Täglich nutzen Brandenburger Unternehmen kostenlose Arbeitskräfte für die Bewältigung gewerblicher Aufgabenstellungen im Rahmen von sogenanntem „Probearbeiten“. An diesem Trend sind zu einem Großteil die Maßnahmen der Arbeitsmarktsbehörden mit Schuld, die oft „Praktika“ an Unternehmen vermitteln und somit eine Nachfrage für kostenlose Arbeitskräfte selbst erzeugt haben. Diese nutzen einige UnternehmerInnen nun rechtswidrig aus und lassen BewerberInnen entsprechend Probearbeiten bevor es zur Unterzeichnung eines Vertrages kommt.

Dies ist aus unserer Sicht ungerecht und musst schleunigst gestoppt werden. Für die Probe der Kandidaten hat der/die UnternehmerIn das Instrument der Probezeit im Ausbildungs- oder Arbeitsvertrag. Diese (bezahlte) Probezeit dient dem/der UnternehmerIn durch einen vereinfachten Kündigungsschutz als hinreichendes Instrument um ungeeignete Kräfte schnell austauschen zu können.

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

**W 7**            *angenommen*  
**Antragsteller: Ostprignitz-Ruppin**

**Aufenthaltsgesetz - Arbeitstage**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion auf, sich für eine Aufhebung der Beschränkung der erlaubten Arbeitstage für ausländische Studenten aus Nicht-EU-Staaten auf 90 Tage, die im Paragraphen 16 Absatz 3 Aufenthaltsgesetz geregelt ist, einzusetzen.

Antragsbegründung:

Deutschland ist bei ausländischen Studenten als Studienstandort sehr beliebt und hoch angesehen, über die Hälfte der Gaststudenten finden die Studieninhalte laut Umfragen „sehr gut“ aber rund 40 Prozent vermissen das Gefühl wirklich willkommen zu sein. Ein Grund dafür ist der Geldmangel ausländischer Studenten und die draus resultierenden Folgen. Mehr als die Hälfte sind erwerbstätig und finanzieren ihr Studium selbst. Dennoch dürfen Bildungsausländer, die keine EU-Bürger sind, nur 90 Tage im Jahr arbeiten. Dies führt dazu, dass sich Ausländer oft nur die billigen Wohnheime leisten können und unter sich bleiben, während die Deutschen Kommilitonen in den teureren Wohnheimen oder Wohnungen leben.

Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Bedarfs an ausländischen Fachkräften in Deutschland sollte man dieses Gesetz überdenken.

2

4

6

8

10

12

14

16

18

20

22

24

26

28

30

32

34

**Initiativanträge**

36

I 1	Mentoring-Programm für Frauen fortsetzen	
-----	--	--

2  
4  
6  
8  
10  
12  
14  
16  
18  
20  
22  
24  
26  
28  
30  
32  
34  
36  
38

I 1                    *angenommen*  
**Antragsteller: 20 Delegierte aus 7 Unterbezirken**

**Mentoring-Programm für Frauen fortsetzen**

Die Landesdelegiertenkonferenz möge beschließen:

Die Landesdelegiertenkonferenz fordert den Landesvorstand auf, das Mentoring-Programm für Frauen zu evaluieren und erfolgreich fortzuführen.

Antragsbegründung:

Deutschland ist bei ausländischen Studenten als Studienstandort sehr beliebt und hoch angesehen, über die Hälfte der Gaststudenten finden die Studieninhalte laut Umfragen „sehr gut“ aber rund 40 Prozent vermissen das Gefühl wirklich willkommen zu sein. Ein Grund dafür ist der Geldmangel ausländischer Studenten und die draus resultierenden Folgen. Mehr als die Hälfte sind erwerbstätig und finanzieren ihr Studium selbst. Dennoch dürfen Bildungsausländer, die keine EU-Bürger sind, nur 90 Tage im Jahr arbeiten. Dies führt dazu, dass sich Ausländer oft nur die billigen Wohnheime leisten können und unter sich bleiben, während die Deutschen Kommilitonen in den teureren Wohnheimen oder Wohnungen leben.

Auch vor dem Hintergrund des demografischen Wandels und des daraus resultierenden Bedarfs an ausländischen Fachkräften in Deutschland sollte man dieses Gesetz überdenken.